

O EINLEITUNG

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen hat während des gesamten Verlaufs der Untersuchungsausschuß-Arbeit eine Minderheitenposition vertreten. Ihr ging es neben der Aufklärung der Aktivitäten des KoKo-Bereichs und seiner Verflechtung mit dem MfS gleichberechtigt um die Untersuchung der Frage, inwieweit westliche Regierungen, Firmen, Institutionen und Personen die Arbeit des KoKo-Bereiches überhaupt erst möglich gemacht oder sogar gezielt gefördert haben und ob sie hierbei wußten, daß es sich bei KoKo um ein Instrument des MfS handelte. Zu einem frühen Zeitpunkt der Untersuchungen wurde von der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen hierbei insbesondere die Rolle der westdeutschen Nachrichtendienste im Bereich KoKo thematisiert.

Die Beschäftigung mit diese Themen wurde von der Ausschuß-Mehrheit, aber auch von der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuß, immer wieder als "Nebenkriegsschauplatz" und angeblich nicht mit dem Untersuchungsauftrag vereinbar bezeichnet. So ist es nicht verwunderlich, daß sich auch der von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam getragene Endbericht des Untersuchungsausschusses diesen Fragen nur am Rande widmet oder zu verharmlosenden Schlußfolgerungen kommt, die von uns nicht geteilt werden können.

Erst am 29. April 1994 -nach fast drei Jahren Ausschußarbeit- haben die Parteien CDU/CSU, FDP und SPD im Untersuchungsausschuß erkannt, daß zu einem Handel immer zwei Seiten gehören. In ihrem Abschlußbericht -Stand 29.4.1994- ist folgendes zu lesen:

"Die im Ablauf des Untersuchungsverfahrens punktuell angesprochene Frage, welche westlichen Partner wie weit Aktivitäten des Bereichs Kommerzielle Koordinierung ermöglicht oder unterstützt haben, war ebenfalls nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags. Da sich herausgestellt hat, daß ein großer Teil der Aktivitäten des Bereichs Kommerzielle Koordinierung ohne eine solche Mitwirkung westlicher Partner nicht hätte durchgeführt werden können, wäre dies eine Frage, die bei Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses berücksichtigt werden könnte."

So lange wollten wir nicht warten und legen daher schon heute eine Untersuchung über die Verflechtung des Bereiches KoKo mit westlichen Firmen und Geheimdiensten vor. Wir untersuchen in unserem abweichenden Bericht auch, welche Kenntnisse die jeweiligen Bundesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten über den Bereich KoKo hatten und was sie daraufhin unternommen haben.

Aufgrund der Aktenlage des Untersuchungsausschusses kann dieser Bericht nur einige wenige exemplarische Bereiche darstellen. Es gibt darüberhinaus wesentliches Beweismaterial, das die Bundesregierung dem Untersuchungsausschuß vorenthalten hat. Dies betrifft vor allem das umfangreiche Wissen des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Ausgangspunkt unseres abweichenden Berichts ist der vom Deutschen Bundestag beschlossene Untersuchungsauftrag. Dieser sieht ausdrücklich eine Untersuchung der Frage vor, welches Wissen die Bundesregierung und Stellen des Bundes in der Vergangenheit über den Bereich KoKo und seinen Leiter Dr. Alexander Schalck-Golodkowski -insbesondere im Bereich des Internationalen Waffenhandels- hatten und welchem Zweck die Kontakte der Bundesregierungen und staatlicher Stellen zu Alexander Schalck -Golodkowski und dem Bereich KoKo dienten. Es soll weiter geklärt werden, welcher Firmen, Institutionen und Tarnorganisationen sich der Bereich KoKo im Ausland bediente. Weiter soll der Untersuchungsausschuß aufhellen, wem die Ergebnisse der Tätigkeit des Arbeitsbereiches KoKo zugute kamen und auf welchem Wege die Finanzbewegungen des Bereichs erfolgten. Schließlich soll Beweis erhoben werden zur Frage, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergriffen hat, um die Vermögenswerte von KoKo sicherzustellen.

Unsere Hauptuntersuchungsfrage lautete nach Kenntnisnahme der ersten dem Untersuchungsausschuß zugegangenen Akten: In welchem Ausmaß waren westdeutsche Dienste im Bereich KoKo aktiv und ist aus dieser Geschichte der engen Verflechtung zwischen KoKo, MfS und

westdeutschen Geheimdiensten erklärbar, warum ehemalige Seilschaften noch heute aktiv sein dürfen.

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen wollte außerdem untersuchen, ob die jeweiligen Bundesregierungen die kriminellen Machenschaften des Bereiches KoKo behindert haben, wenn sie davon erfuhr, oder ob sie das von den Geheimdiensten erworbene Wissen folgenlos für sich behielten.

In diesem Zwischenbericht stellen wir unsere Ergebnisse an drei ausgewählten Beispielen dar:

1. Die Geheimdienste und einige ihrer Quellen im Bereich KoKo
2. Der Embargohandel der DDR
3. Die Tätigkeit der SED-Parteifirmen in der Bundesrepublik Deutschland.

Im einzelnen wird nach einer inhaltlichen Darstellung des jeweiligen Bereiches nach den Kenntnissen der Bundesregierung gefragt, nach den Maßnahmen, die sie ergriffen hat und schließlich nach dem Verbleib der handelnden Personen und Firmen im vereinten Deutschland.

Da wir alle Sachdarstellungen jeweils mit ausführlichen Quellenangaben versehen haben, erübrigte sich auch ein rechtliches Gehör von im Bericht genannten Personen.

A GEHEIMDIENSTE

I. DER BEREICH KOKO UND DIE GEHEIMDIENSTE

Der Bereich KoKo war in der DDR-Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Für die DDR-Bevölkerung waren lediglich Auswirkungen der Geschäftstätigkeit des Bereiches KoKo spürbar: So war Fleisch oft Mangelware und wertvolle Antiquitäten waren in den Läden nicht erhältlich. Gerüchteweise war bekannt, daß sowohl Fleisch als auch Antiquitäten gegen Devisen in den Westen verkauft wurden. Für die DDR-Bevölkerung war außerdem offensichtlich, daß anders als sie selbst die Nomenklatura der DDR durchaus über westliche Luxusgüter verfügte.

Die Firmen des Bereiches KoKo und ihre Geschäftstätigkeit wurden vor der Öffentlichkeit getarnt. Dies entsprach der vom MfS gesteuerten konspirativen Arbeitsweise von KoKo. Inzwischen ist die intensive Anbindung des Bereiches KoKo an das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bekannt. Firmen des Bereiches wurden auf Initiative des MfS gegründet, das auch die Kaderauswahl für diese Betriebe steuerte. Mitarbeiter des Bereiches KoKo waren gegenüber anderen im Außenhandel Beschäftigten privilegiert. Ihr Gehalt lag weit über dem anderer Werktätiger. Sie wurden außerdem begünstigt z.B. durch eine bevorzugte Versorgung mit Wochenendgrundstücken, Eigenheimen, PKW und Krediten. Damit wurde gezielt ein Abhängigkeitsverhältnis dieser Mitarbeiter aufgebaut.

Innerhalb des MfS wurde 1983 die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK) gegründet, deren Leiter bis zum Juni 1989 Oberst Wolfgang Meinel war. Ende 1989 hatte die AG

BKK 106 Mitarbeiter und wurde von Oberst Karl Herbrich und seinem Stellvertreter Oberstleutnant York Hartung geleitet.

Außerdem hatten die MfS-Hauptabteilung XVIII und die HVA Verbindungen zu KoKo. In der HA XVIII waren dies die Abteilung 7 (Sicherung des Außenhandels), die Abteilung 8 (Sicherung der Elektrotechnik, Elektronik) und die Abteilung 14 ("Koordinierung der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet"). Von der HVA hielten insbesondere der Bereich K(ahlmeyer) bzw. die Abteilung XVI ("Einsatz von legalen Residenturen unter Nutzung der Auslandsvertretungen der DDR") Kontakt zum Bereich KoKo.

Etliche Mitarbeiter der KoKo-Firmen waren gleichzeitig als Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) oder als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) für die AG BKK oder für andere MfS-Dienstleistungen tätig. Mit ihren Berichten an ihre Führungsoffiziere über andere KoKo-Mitarbeiter, über einzelne KoKo-Betriebe und deren Geschäftspartner wurde das MfS in die Lage versetzt, den Bereich KoKo zu überwachen und zu steuern.

Noch heute ist die Beobachtung des MfS und des Bereiches KoKo durch bundesdeutsche Geheimdienste ein Tabuthema.

Selbst vier Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR ist die Bundesregierung nicht bereit, die von ihren Geheimdiensten gesammelten Informationen über das MfS umfassend zu veröffentlichen. So antwortete sie z.B. auf die "Kleine Anfrage" nach "Erkenntnissen der Bundesregierung vor Dezember 1989 über Struktur und Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit":

"Die Bundesregierung erhielt ihre Kenntnisse über Struktur und Arbeitsweise des MfS überwiegend aus Berichten ihrer geheimen Nachrichtendienste.

Abgesehen davon, daß der zeitliche Rahmen, der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung steht, bei weitem nicht ausreichen würde, um alle hier gestellten, detaillierten Fragen konkret zu beantworten, muß die Bundesregierung erneut darauf hinweisen, daß sie auch die hier nachgefragten Ergebnisse nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes nicht öffentlich darstellen, sondern darüber nur die zuständigen parlamentarischen Gremien unterrichten kann." (BT-Drs. 12/5206)

Jedoch auch gegenüber dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß war die Bundesregierung nicht bereit, ihr Wissen über den Bereich KoKo und das MfS vollständig offenzulegen.

Von den Geheimdiensten wurde die Vorlage von Akten oftmals einfach abgelehnt.

Die von den Diensten dem Untersuchungsausschuß zur Verfügung gestellten Akten wurden zum ganz überwiegenden Teil als "Verschlußsachen" übergeben. Sie waren von den herausgebenden Behörden als "Vertraulich amtlich geheimgehalten" klassifiziert worden. Diese Unterlagen waren für die öffentliche Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses nicht verwendbar.

In diesen Akten befinden sich zahlreiche "Fehlblätter", das sind Leerblätter von nicht dem Ausschuß übergebenen Quellenmeldungen und Mitteilungen ausländischer Dienste.

Gegenüber dem Ausschuß wurde dieses Vorgehen von der Bundesregierung wie folgt gerechtfertigt: "Für den Dienst ist die Offenlegung von Akten ein sehr viel empfindlicherer Vorgang als für andere Bundesbehörden. Durch das allgemein große Interesse gerade an diesem Ausschuß ist die Gefahr eines Abflusses auch sensibler, schutzbedürftiger Informationen aus den vorgelegten Akten/Daten in besonderem Maße gegeben. Eine Veröffentlichung von Unterlagen läuft aber dem Grundprinzip jeglicher nachrichtendienstlicher Tätigkeit - dem Vertrauen nachrichtendienstlicher Verbindungen, befragter Personen und Partnerdienste auf einen absoluten Quellenschutz - zuwider. Die Nichtbeachtung dieses Prinzips ist geeignet, die zukünftige Arbeit des Dienstes negativ zu beeinflussen, da sie Signalwirkung auf nachrichtendienstliche Verbindungen und Partnerdienste hat. So ist zu befürchten, daß die Werbung von Quellen erheblich erschwert werden dürfte und daß die Partnerdienste den Informationsaustausch zukünftig restriktiver betreiben werden." (MAT A 16, Anschreiben)

So wurde von Seiten der Bundesregierung unter dem Vorwand des Quellenschutzes die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dessen Auftrag die öffentliche Aufarbeitung des Komplexes KoKo mit seinen konspirativen Beziehungen zum MfS ist, mehrfach behindert.

Die dem Untersuchungsausschuß dennoch vorliegenden Akten belegen, daß westliche Regierungen durch ihre Geheimdienste, die die internationale Tätigkeit des Bereiches KoKo überwachten, detaillierte Kenntnisse über den Bereich KoKo hatten. Struktur, Aufgaben, personelle Besetzung, geschäftliche Operationen, Verbindung zu ausländischen Firmen waren den Diensten nicht nur bekannt, sondern Geheimdienst-Leute wirkten bei KoKo-Firmen und deren Geschäftspartnern mit.

Der Bundesnachrichtendienst (BND) beobachtete u.a. die in der DDR tätigen KoKo-Firmen.

Der Präsident des BND, Porzner erklärte gegenüber dem Untersuchungsausschuß:
 "...also die Beobachtung der Organe des Staats- und Parteiapparates in der früheren DDR - war Auftrag des Bundesnachrichtendienstes. Dieser umfaßte selbstverständlich auch die SED, MfS, NVA - also die Nationale Volksarmee -, FDJ, FDGB, den Bereich KoKo und die Blockparteien." (Prot. 8/14f)

"Die KoKo ist seit langem, seit vielen, vielen Jahren beobachtet worden,..." (Prot. 8/25)

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und die Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) beobachteten u.a. die in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen SED-Parteifirmen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung.

Die von BND und BfV über die KoKo-Firmen gesammelten Erkenntnisse wurden grundsätzlich den jeweiligen Bundesregierungen mitgeteilt:

"Der Bundesnachrichtendienst hat konkret über die Verhältnisse in der DDR informiert und hat auch auf diesem Gebiet seinen Beitrag geleistet. Alle, die befugt waren, diese Dinge, diese Kenntnisse in Anspruch zu nehmen, die konnten sie in Anspruch nehmen." (Prot. 8/100)

Die Geheimdienste bezogen ihre Informationen über den Bereich KoKo von Überläufern und von eigenen Agenten, die bei KoKo mitwirkten.

Der BfV-Präsident Werthebach sagte dem Untersuchungsausschuß dazu:
 "Ich habe aber bereits einmal erklärt, daß wir in der Tat in diesen SED-Parteifirmen Quellen geführt haben." (Prot. 9/66)

Der BND-Präsident Porzner erklärte zum selben Thema:
 "..., weil der Bundesnachrichtendienst recht gute Informationen aus der DDR hatte, aus dem Bereich, für den Schalck zuständig war, weil ein Informant den Bundesnachrichtendienst seit Anfang der achtziger Jahre sehr, sehr gut informiert hat, ein Informant, der in den Westen gekommen ist und der inzwischen verstorben ist." (Prot. 8/19)

Allerdings hatte der BND innerhalb von KoKo nicht nur diese eine, inzwischen verstorbene Quelle (Günter Asbeck; siehe dort), wie sich im Verlauf der Tätigkeit des Untersuchungsausschuß herausstellte.

Am 23.12.92 teilte der BND dem Ausschuß folgendes mit:

"Der Bundesnachrichtendienst hatte sechs nachrichtendienstliche Verbindungen im Bereich KoKo, die dem Bundesnachrichtendienst berichtet haben. Diese waren wie folgt plaziert:

- Ein Außenhandelskaufmann (Sektionsleiter) bei Fa. ASIMEX
- Ein Gruppenleiter Kontor-Chemie bei Fa. INTRAC
- Ein stellvertretender Generaldirektor bei Fa. BERAG
- Ein Direktor bei Fa. INTERCOOP AHG
- Ein Generaldirektor der Fa. ASIMEX
- Ein Generaldirektor der Kunst- und Antiquitäten GmbH." (A 210, S. 1-2)

Auffällig ist bei dieser Aufzählung, daß die genannten Quellen in den jeweiligen KoKo-Firmen auf höchster Ebene tätig waren. Sie waren also in der Lage, den BND über diese Firmen ausführlich zu informieren. Ferner konnten sie über deren Geschäftspartner berichten.

Darüber hinaus konnten den westdeutschen Geheimdiensten auch Quellen, die zwar nicht selbst im Bereich KoKo arbeiteten, aber über KoKo-Kenntnisse verfügten, über Bereich berichten.

Schließlich wurden weitere Mitarbeiter aus dem Bereich KoKo von westdeutschen Diensten befragt, nachdem sie legal bzw. illegal in den Westen übersiedelt waren.

Auch andere westliche Geheimdienste interessierten sich für den Bereich KoKo und dessen Verknüpfung mit dem MfS und der HVA.

In den von BND und BfV an den Untersuchungsausschuß übergebenen Akten zum Bereich KoKo befinden sich zahlreiche sogenannte "Fehlblätter". Dies belegt, daß westliche Geheimdienste auch zum Bereich KoKo ihre Erkenntnisse gegenseitig austauschten.

Die Beobachtung von KoKo durch westliche Geheimdienste wurde wiederum in der DDR durch die HVA und die HA II und die HA III des MfS registriert.

Die HA II des MfS betrieb Spionageabwehr, die "Aufdeckung und Abwehr geheimdienstlicher Angriffe gegen die DDR auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet...". Innerhalb dieser HA II war die Abt. 6 zuständig für die "Abwehr von Spionageangriffen auf politische und ökonomische Bereiche und Wissenschaftseinrichtungen der DDR". (Die Organisationsstruktur des MfS 1989, S. 51, 59)

Die HA III überwachte den Fernmeldeverkehr, belauschte also Telefonate im In- und Ausland.

Bei der HVA war die Abt. IX zuständig für die "Aufklärung und Bearbeitung von gegenerischen Diensten (Gegenspionage)". Wir wissen heute, daß es der HVA sogar gelang, direkt Quellen in westdeutschen Geheimdiensten zu werben und zu führen (z.B. Gabriele Gast, Klaus Kuron), so daß vieles aus der Tätigkeit der geheimen Nachrichtendienste der westlichen Staaten direkt auf den Schreibtischen der HVA landete.

Daher konnte die HVA Abt. IX innerhalb des MfS vor konkreten Kontakten ausländischer Dienste zu DDR-Bürgern warnen, wie z.B.:

"Der HVA IX/B liegen Erkenntnisse vor, daß der französische Geheimdienst D.S.T. Interesse für den Mitarbeiter des AHB Transinter Johnne, Siegfried bekundete. Johnne ist für kommerzielle Aktivitäten auf dem französischen Markt zuständig und unternimmt daher regelmäßige Dienstreisen nach Frankreich." (MAT A 148, BKK 852, S. 49)

Oder:

"Der HVA IX/B wurde zuverlässig bekannt, daß der italienische Geheimdienst SISMI den Mitarbeiter des AHB Transinter Sonntag, Klaus verdächtigt, für das MfS tätig zu sein. Der SISMI ist sich dieses Verdachtes nicht ganz sicher, geht jedoch in seinen Kontroll- und Bearbeitungsmaßnahmen von einem MfS-Hintergrund aus." (MAT A 148, BKK 852, S. 50)

Die HVA Abt. IX war außerdem auch in die Führung von Doppelagenten aus dem Bereich KoKo eingebunden.

II. DOPPELAGENTEN IM BEREICH KOKO

Im Bereich KoKo waren einige IM des MfS gleichzeitig für westliche Geheimdienste tätig. Diese Doppelagenten berichteten sowohl ihren Führungsoffizieren des MfS als auch Mitarbeitern westlicher Geheimdienste über die Tätigkeit einzelner KoKo-Firmen, über Mitarbeiter und Geschäftspartner.

Aus den dem Untersuchungsausschuß vorliegenden Unterlagen geht hervor, daß die KoKo-Mitarbeiter

- Axel Pösz,
- Eberhard Seidel,
- Hans-Joachim Menzel

mit Wissen und im Auftrag des MfS Verbindungen zum BND bzw CIA hatten.

In die MfS-Planung für die Verbindung der KoKo-Mitarbeiter zu westlichen Geheimdiensten waren neben der AG BKK, auch die HA II/6, die HA II/AG und die HVA/IX/B eingebunden. Es erfolgte eine regelmäßige Abstimmung und Koordinierung zwischen den einzelnen Abteilungen.

Die Doppelagenten erhielten für ihre Gespräche mit westlichen Geheimdienstmitarbeitern vom MfS konkrete Aufträge.

Dabei ging es dem MfS vor allem darum, westliche Geheimdienstmitarbeiter aufzuklären, Informationen über deren Arbeitsweise zu erlangen und herauszufinden, über welche konkreten Kenntnisse zum Bereich KoKo und über welche weiteren Quellen die andere Seite verfügte.

Die Treffen zwischen diesen KoKo-Mitarbeitern und den westlichen Geheimdienstmitarbeitern fanden während Geschäftsreisen im westlichen Ausland, meist in Hotels, statt.

Für ihre Informationen über den Bereich KoKo wurden sie von den westlichen Geheimdiensten bezahlt. Das Geld rechneten die IM bei ihren MfS-Führungsoffizieren ab. Ihnen berichteten sie auch ausführlich über die mit den westlichen Geheimdienstmitarbeitern geführten Gespräche.

Dem Untersuchungsausschuß liegen IM-Berichte der oben genannten Doppelagenten über ihre Verbindungen zu westlichen Geheimdienstmitarbeitern vor.

Erst durch einen Vergleich der entsprechenden BND- bzw. CIA-Unterlagen mit den MfS-Berichten über die von den Doppelagenten geführten Gespräche mit westlichen Geheimdiensten ließe sich konkret feststellen, gegenüber welcher Seite der einzelne Doppelagent ausführlicher berichtet hat.

Da dem Untersuchungsausschuß die BND-Akten zu diesen Doppelagenten jedoch nicht zur Verfügung gestellt wurden, ist diese Analyse hier nicht möglich.

III. AGENTEN, DOPPELAGENTEN, ÜBERLÄUFER

III.1 Heinz ALTENHOFF

* 25.3.32

war ab 1977 als Prokurist der Nolte KG, aus der 1981 die Noha GmbH, Bochum, entstanden ist, tätig. Seitdem war er als Geschäftsführer der Noha tätig.

Die Nolte KG und die Firma Noha gehörten zu den SED-Parteifirmen des Bereiches KoKo.

Von November 1990 bis zu seiner Inhaftierung im Dezember 1991 war Altenhoff als Liquidator der Noha GmbH tätig.

Im Juni 1992 wurde Altenhoff vom Bochumer Landgericht wegen Steuerhinterziehung (5,2 Mio DM) zugunsten der SED zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Im März 1993 wurde dieses Urteil im Kern durch den BGH bestätigt, allerdings das Strafmaß aufgehoben (4 Mio Steuerschuld).

"Wie er in der Hauptverhandlung zugab, war Altenhoff auch für den bundesdeutschen Verfassungsschutz nachrichtendienstlich tätig. 'Der wollte wohl Freunde auf beiden Seiten haben', vermutet Regul." (der Vorsitzende Richter Hajo Regul, Anm. d. Verf.) (WAZ Bochum vom 12.06.92)

Bündnis 90/Die Grünen beantragte die Beiziehung der Berichte des Heinz Altenhoff beim BfV. Der Antrag wurde vom Ausschuß beschlossen. (BB 12-252)

Staatsekretär Johannes Vöcking aus dem Bundesinnenministerium antwortete dem Ausschuß am 23.02.93:

"... der Beweisbeschluß geht davon aus, daß es "Berichte des Heinz Altenhoff, ehem. Geschäftsführer der Firma NOHA, Bochum" gibt. Dem liegt offenbar ein im Beweis Antrag zitierter Pressebericht zugrunde, wonach Herr Altenhoff in einem gegen ihn gerichteten Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung geäußert habe, er sei V-Mann des Verfassungsschutzes gewesen.

Im Interesse des generellen Vertrauensschutzes für V-Leute und der Funktionsfähigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz kann zu solchen Behauptungen, unabhängig von der Frage, ob diese zutreffen oder nicht, grundsätzlich nicht Stellung genommen werden. Nur wenn Herr Altenhoff als Zeuge gegenüber dem Untersuchungsausschuß Entsprechendes aussagen und der Untersuchungsausschuß das Bundesamt für Verfassungsschutz zu einer entsprechenden Stellungnahme auffordern sollte, würde das Bundesamt für Verfassungsschutz zu einer solchen Behauptung Stellung beziehen. Ich bitte um Verständnis für diese Handhabung."

III.2 Günter ASBECK

* 13.12.24, verstorben am 14.03.89

war Gründer und Generaldirektor der HVA-Firma ASIMEX, die in ökonomischer Hinsicht dem Bereich KoKo unterstellt war.

Asbeck wurde durch die HVA/Bereich K und dort durch Gerd Neumann gesteuert. (MAT A 332, Bd. VI/1, S. 2)

Außerdem hatte Asbeck dienstliche und private Verbindungen zu hochrangigen Mitarbeitern der HVA (u.a. Markus Wolf, Rudi Genschow, Harry Schütt, Werner Großmann, Achim Kahlmeyer).

Die HA XVIII/7 stellte am 14.01.82 fest:

"Zusammengefaßt kann eingeschätzt werden, daß Asbeck durch seine Tätigkeit für das MfS große Freiheiten besaß, daß vielen Außenhändlern und Geschäftspartnern im In- und Ausland dies nicht verborgen blieb, der Asbeck durch Bemühungen des MfS in seinem Wirkungsbereich nicht eingedämmt werden konnte, daß er bestrebt war festzustellen, wer in seinem Tätigkeitsfeld ebenfalls mit dem MfS zusammenarbeitet; daß es dem Asbeck nicht unlieb war, wenn man im In- und Ausland Kenntnis von seinen Verbindungen zum MfS hatte, da es für ihn ja 'die beste Reklame' sei." (MAT A 300, Bd.7, S. 8)

Asbeck verließ 1981 die DDR. Der BND hatte Asbecks Ausschleusung aus der DDR organisiert.

Die Beiziehung der BND-Akten zu Asbeck wurde von Bündnis 90/Die Grünen beantragt und vom Ausschuß beschlossen (Bb 12-166). Die Akten wurden eingestuft als "VS-Nur für den Dienstgebrauch" an den Ausschuß übersandt.

Diese Unterlagen belegen, daß Asbeck den BND umfassend über Aufgaben, Struktur und Arbeitsweise des Bereiches KoKo informierte. Asbeck bezeichnete Koko als "MfS-Ableger", benannte gegenüber dem BND hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS und OibE bei Koko.

Asbeck lieferte dem BND detaillierte Beschreibungen von etwa 100 Personen aus dem Bereich KoKo, dem MfS, der HVA und dem Politbüro. Dabei wurden neben äußerer Erscheinung und Charaktereigenschaften auch Funktionen, politische Linie und Verhältnisse der Personen zueinander (Rivalitäten, Freundschaften) mitgeteilt.

Außerdem beschrieb Asbeck dem BND Lage und Nutzung zahlreicher konspirativer Objekte des MfS, die Postkontrolle durch das MfS, den Aufbau eines IM-Netzes des MfS im westlichen Ausland, den operativen Reiseverkehr (Avisierung) und anderes MfS-Insiderwissen.

Aus den vorliegenden Akten zur Zusammenarbeit des BND mit Asbeck wird einerseits der Kenntnisstand des BND zum Bereich KoKo vor seinem Kontakt zu Asbeck und andererseits der enorme Wissensgewinn für den BND durch Asbecks Informationen deutlich.

Asbeck berichtete dem BND über den Bereich KoKo

"Im MAH-Bereich KoKo unter Leitung von Staatssekretär Dr. Schalck werden von den nachgeordneten Unternehmen sowohl 'planmäßig' Finanzmittel erwirtschaftet, als auch im Rahmen sogenannter Sondergeschäfte Finanztransaktionen getätigt. Die 'planmäßigen' Finanzen werden von Unternehmen eingebracht, die

1. dem Staatssekretär voll unterstehen und deren Erlöse Schalck direkt zufließen, und
2. Schalck nur zur fachlichen Aufsicht untergeordnet sind und deren Gewinne anderen Empfängern zukommen.

Zu 1:

Folgende Institutionen haben mit Ablauf des Jahres 1981 an Schalck abzuführen:

- Intrac Handelsgesellschaft	450-500 Mill. DM
- Forum Handelsgesellschaft	300-320 Mill. DM
- Zentralkommerz GmbH	80-100 Mill. DM
- Transinter GmbH	130-150 Mill. DM
- Berliner Import Export GmbH	140-160 Mill. DM
- Freie Vertreter (Asimex, Gerlach, Forger)	70- 80 Mill. DM

Das bedeutet für 1981 ein bei Schalck auflaufendes Finanzvolumen von 1,2 - 1,3 Mrd. DM... Die an Schalck abgeführten Finanzen in Höhe von 1,2 - 1,3 Mrd. DM werden je nach Bedarf von Mittag, Mielke und Raab abgerufen (gleiche Priorität). Das restliche Finanzaufkommen dient als 'strategische Reserve' zur Bewältigung von unerwartet auftretenden Problemen (z.B. Notwendigkeit des Einkaufs westlicher Steinkohle wegen Wegfalls der Polen-Lieferungen)." (MAT A 164, Bd. I, 52 BY-271181-02, S. 98)

Diese Größenordnungen hat Schalck-Golodkowski im Frühjahr 1990 gegenüber dem BND bestätigt.

"1. Der von Staatssekretär Dr. Schalck geleitete Bereich KoKo im MAH hat folgende Hauptaufgaben:

- Beschaffung von Valutamitteln zur Finanzierung der innen- und außenwirtschaftlichen Pläne Honeckers
- Anlegung finanzieller Ressourcen zur Beseitigung von Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung
- Bereitsstellung von Valutamitteln für die Versorgung der Politbüromitglieder in Wandlitz
- Finanzierung und Abwicklung von Rohstoffimporten
- finanzielle Sicherung der kommunistischen Parteien im NSW
- Einsatz finanzieller und personeller Mittel zur Lösung politischer und ökonomischer Probleme in Afrika (derzeit mit Schwerpunkt Angola, Mosambique, Äthiopien und Jemen)
- zur Verfügungstellung des KoKo-Apparates für Aufgaben des MfS (weltweit)

2. Dr. Schalck ist zwar formell dem Minister für Außenhandel unterstellt, erhält seine Weisungen jedoch von Mittag (Wirtschaft), Axen (Politik) und Mielke (MfS) direkt. Der Bereich wird überwiegend nach den Grundsätzen westlichen Managements geführt, wobei Effektivität und

Produktivität oberste Maxime darstellen. Schalck ist - nach vorhergehender Abstimmung mit der Staatssicherheit - in seinen Personalentscheidungen völlig ungebunden und gewährt seinen Untergebenen weitgehende Handlungsfreiheit.

3. Der Bereich KoKo erwirtschaftet jährlich einen Gewinn von ca. 1,2 Milliarden Valuta-Mark; hinzukommen erhebliche Beträge aus 'Sondereinnahmen'..." (MAT A 164, Bd. I, 52 BY-101281-03, S. 181)

Asbeck berichtete dem BND u.a. über folgende Firmen

- Berag; (MAT A 164, Bd. II, S. 364)
- Bieg; (MAT A 164, Bd. I, S. 114f (schlecht lesbar); MAT A 164, Bd. II, S. 231)
- Camet; (MAT A 164, Bd. I, S. 188)
- Delta; (MAT A 164, Bd. II, S. 363)
- Forum; (MAT A 164, Bd. I, S. 202, 237-238; MAT A 164, Bd. II, S. 332)
- Intrac; (MAT A 164, Bd. I, S. 157, 254 (schlecht lesbar); MAT A 164, Bd. II, S. 1f, 351f, 356, 358f, 360)
- Interport; (MAT A 164, Bd. I, S. 204f; MAT A 164, Bd. II, S. 315f)
- Kunst&Antiquitäten; (MAT A 164, Bd. II, S. 73)
- Letex; (MAT A 164, Bd. I, S. 178-180; MAT A 164, Bd. II, S. 238f)
- Transinter; (MAT A 164, Bd. II, S. 5, S. 128 (Organigramm))
- Zentralkommerz; (MAT A 164, Bd. II, S. 6)

Schalck als hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter

"Schalck ist hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS.

(Anmerkung: Mit Qu. wurde der Unterschied zwischen inoffizieller Mitarbeiter und hauptamtlicher Mitarbeiter sowie die Definition der verschiedenen Begriffsinhalte 'Offizier im besonderen Einsatz' (OibE) besprochen.)

Qu. bleibt bei seiner Feststellung, daß Schalck hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS ist und zur Wirtschaft versetzt wurde. Das ist auch ein Grund, weshalb Schalck nicht Mitglied des ZK ist. Schalck ist von seiner Ausbildung her Wirtschaftler mit abgeschlossenem Hochschulstudium, sein Doktor-Titel ist ihm allerdings 'geschenkt' worden.

Er ist vor ca. 10-12 Jahren vom MfS zum MAH versetzt worden. Er kann durchaus vom MfS jederzeit - entsprechend seiner Ausbildung - auch woandershin versetzt werden. Er kann aber nicht eine andere Funktion im Staatsapparat übernehmen, weil er MfS-hauptamtlicher Mitarbeiter ist." (MAT A 164, Bd. I, 52 BY 14128106, S. 196)

Schalck als größter "Tipper" und Informant der HVA

"Simon' (Goldenberg, Anm. d. Verf.) wurde stets von General Fruck als vorbildlich für die nachrichtendienstliche Tätigkeit zugunsten der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) hingestellt. Aus diesem Grunde war Fruck ein persönlicher Förderer des 'Simon', den er auch seinem Freund und Mitstreiter Alexander Schalck wärmstens ans Herz legte. Wegen seiner Erfolge auf den zwei Strängen - Wirtschaft und MfS - hat Schalck heute, nach der Pensionierung Frucks, auch seine unangreifbare Position, wie sie zuvor Fruck hatte, bei Mittag und Mielke. Es verging keine Leipziger Messe, an der nicht Fruck und Schalck gemeinsam oder auch Schalck oder alleine am Stand des 'Simon' erwartet und empfangen wurden... Bei Schalck war zeitweilig sein Stellvertreter Manfred Seidel, Oberst im MfS und zuständig für die Firmenführung, zugegen. Hier ist der Zusammenhang erkenntlich, weshalb Schalck auch immer als der größte 'Tipper' und 'Informant' der HVA als leuchtendes Beispiel vorgestellt wurde. Er wurde auch anderen DDR-Außenhändlern als Vorbild und Maßstab für positive Zusammenarbeit mit der HVA vorgehalten. Unter 'Tipper' ist rein nachrichtendienstliche Tätigkeit aufgrund seiner geschäftlichen Verbindungen und Möglichkeiten zu verstehen." (MAT A 164, Bd. II, 12 BC 190482 03, S. 295)

Schalcks "Meinungsforschung" im Politbüro für Mielke

"Der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel (MAH) der DDR, Dr. Schalck-Golodkowski betreibt regelmäßig 'Meinungsforschung' zu aktuellen Politbürovorlagen in seinem eigenen Bereich, aber auch bei ihm bekannten Spitzenfunktionären, wie z.B. Politbüromitglied Harry Tisch. Das Ergebnis dieser 'Umfragen' teilt Schalck-Golodkowski anschließend direkt dem Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, mit, der damit bei den allwöchentlichen Beratungen des Politbüros über einen entsprechenden Wissensvorsprung verfügt. Diese direkte Zusammenarbeit verhindert jedoch nicht, daß es auf den nachgeordneten Ebenen im Bereich Kommerzielle Koordinierung im MAH immer wieder zu Flügelkämpfen zwischen der MfS-Abwehr und der MfS-Aufklärung kommt." (MAT A 164, Bd. II, 12 BA1 860909 001, S. 365)

Mithilfe von KoKo bei der Anwerbung von Bundesbürgern für die HVA

Asbeck berichtete dem BND:

"Als eine weitere erfolgversprechende Operationsbasis sieht das MfS internationale Jugendtreffen inner- und außerhalb der DDR an. Im weiteren erhofft das MfS, sowohl die ökologische Bewegung und Friedensbewegung in der BRD Deutschland als auch internationale Kongresse als op. Basis für die Gewinnung von Einflußagenten nutzen zu können."

Für die Gewinnung dieser Personengruppe solle der Bereich KoKo genutzt werden:

"Die führenden Leute von KoKo und den nachgeordneten Firmen hatten den Auftrag, Tips der genannten Zielpersonen - hier Westbürgern - zu geben und Kontakte, die Firmenangehörige zu den genannten Zielpersonen hatten, über Achim Kahlmeyer ... an das MfS weiterzuleiten zur op. Personenforschung. Es sollte u.a. auch die Gesinnung der Zielpersonen genannt werden, die Person sollte beschrieben werden und ihr Umfeld bzw. ihr Zugangsbereich abgeklärt werden. Interessant erscheinende Zielpersonen sollten angeworben werden, um dann zielgerichtet für die Interessenlage der HVA im Westen aufgebaut zu werden.

Zur gleichen Thematik gehört auch noch, daß die in dieser Weise von KoKo und nachgeordneten Firmen für das MfS getippten Personen nicht mehr (bei Reisen in die DDR) unter Abwehrgesichtspunkten beurteilt und bearbeitet werden, sondern daß in jüngerer Zeit - wegen der Interessenlage der HVA und den besonderen Beziehungen von Markus Wolf zu Schalck - offensive Gesichtspunkte das Übergewicht erhalten haben, d.h. die Gewinnung von neuen nachrichtendienstlichen Verbindungen." (MAT A 164, Bd. I, 52 BY 141281 05, S. 194)

Forum-Direktor Horst Steinert

"Insbesondere natürlich bearbeitet er jeden Forum-Kunden nachrichtendienstlich. Er schreibt zweifach Berichte, einmal mit wirtschaftlichem Hintergrund für Schalck und einmal mit ND-Hintergrund für seine diesbezüglichen Auftraggeber Geschäftsleute, die für ihn nachrichtendienstlich interessant sind, stellt er Werner Grossmann vor... Er hat auch an dem politischen Freundeskreis des Hamburger Industriellen Körber wiederholt teilgenommen, um Personen des politischen Lebens für das MfS auszuforschen. So nimmt er auch häufig an internationalen Kongressen, Tagungen, Konferenzen politischer und wirtschaftlicher Art ... unter geschäftlichem Vorwand teil, um zielgerichtet Westpersonen auszuforschen... Eingeschleust wurde Steinert beim Min.f.Außenhandel vor Jahren von General Fruck (etwa 1968/1969 über Schalck)... Steinert selbst führt einige westdeutsche und ausländische Verbindungen. Unter anderem Lünemann (gemeint ist Lüdemann, Anm. d. Verf.): L. ist IM des MfS für Steinert (und damit im Hintergrund für Grossmann, Karl) ... eine weitere Person, die Steinert führt, ist Blume: Ca. 35-38 Jahre alt, mind. 186 cm groß, wohnhaft in Berlin-West, Juniorchef und jetzt Nachfolger eines älteren Herrn, der seit ca. 30 Jahren für die DDR auf dem Import-Exportsektor arbeitet und von Karl Grossmann über Steinert geführt wird... Eine dritte Verbindung, die Steinert führt, ist eine Person - Inhaber oder Prokurist möglicherweise - bei einer Textilfirma Kübler im süddeutschen Raum, etwa bei Stuttgart. Näheres dazu ist unbekannt. Darüberhinaus führt Steinert persönlich weitere westdeutsche Verbindungen, über die aber mangels Kenntnis keine Einzelheiten ausgesagt werden können. Schalck ist voll über die schwerpunktmäßige Arbeit Steinerts für das MfS orientiert. Er duldet, daß Steinert seine Aufgaben fachlich natürlich nicht erfüllen kann. Schalck ist schließlich der, der den MfS-

Schwerpunktauftrag Steinerts absichern muß. Erklärlich wird das Ganze wegen des maßgeblichen Einflusses, den Karl Grossmann auf Schalck hat." (MAT A 164, Bd. II, S. 301f)

"Steinert hat naturgemäß täglichen Kontakt - wie alle anderen auch - zu Geschäftsleuten aller Nuancen und Herkunftsländer auf der Leipziger Messe. Er versucht wie alle anderen Geschäftsleute möglichst viele Visitenkarten zu sammeln. Wenn er aufgrund der überprüften Visitenkarten zu der Ansicht kommt, eine Person sei interessant, versucht er über die Messeleitung bzw. die Verbindungsleute eine Einladung zu einem Geschäftsessen zu bekommen. Seine dort gewonnenen Erkenntnisse bespricht er - bei Interessenverdacht - mit Karl Grossmann. Hat dieser wiederum Interesse, versucht Steinert ein Geschäftsgespräch mit der Westperson und Grossmann zusammenzubringen. Damit hat die Westperson - unwissentlich - Kontakt zum MfS.

Wenn es nicht anders geht, besuchen Grossmann und Steinert den entsprechenden Westbürger - wenn er Aussteller ist - auf dessen Stand und Steinert macht Grossmann mit der Person bekannt. Für Gespräche bietet sich der Außenhandel natürlich zwanglos an. Steinert und Grossmann haben für Fälle, in denen es nötig ist, auch vorbereitete Visitenkarten auf Decknamen einer Firma des Bereiches KoKo (Kommerzielle Koordinierung), die jeweils branchenmäßig paßt mit einer Telefonnummer, die firmenmäßig paßt und durch die man dann zu erreichen ist bzw. hinterlassen hat, wann man wieder erreichbar ist... Wenn es eine ganz besonders interessante Person ist, ruft Grossmann den Chef des Steinert, den Panse an und sagt ihm, daß er z.B. morgen den Steinert operativ brauche und er, Panse, das firmenmäßig abdecken müsse. Dann ist sichergestellt, daß bei Kontrollanrufen des Westbürgers von außen ... Panse den Steinert gegenüber Anrufern abdeckt."

"Einleitende Bemerkung der Qu.: Daß er so viele Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) und so wenige der Abwehr kennt, ist ein Hinweis darauf, daß der Bereich 'Kommerzielle Koordinierung' (KoKo) im MAH vornehmlich operativ genutzt wird, weniger abwehrmäßig kontrolliert." (MAT A 164, Bd. II, 12 BC 280182 05, S. 103)

Der BND-Mitarbeiter Bernhard Zeeb, der sowohl Asbeck als auch Schuster (siehe dort) im Auftrag des BND befragt hatte, wurde im Ermittlungsverfahren des GBA gegen Schalck wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit am 01. und 02.10.92 als Zeuge vernommen. Zeeb erklärte dort:

"Die mir übertragene Aufgabe lautete, alles Wissen der Quelle zum Thema MfS zu wecken und abzuschöpfen. Mein Auftrag bezog sich auf das MfS, also auf Organisation, Methodik und Mitarbeiter (hauptamtlich und inoffiziell) des MfS. Von Koko wußten wir damals noch gar nichts." (MAT A 332, Bd. III/7 (Zeeb), S. 9)

Zeeb erklärte, Asbeck hätte eine Befragung durch das BfV abgelehnt:

"Seine ablehnende Haltung begründete Asbeck damit, er wüßte, das BfV sei durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Auf meine Nachfrage erwiderte Asbeck, das sei in der HVA ein offenes Geheimnis." (MAT A 332, Bd. III/7 (Zeeb), S. 10)

Asbeck wurde bis März 1983 intensiv vom BND befragt. Danach mühte sich der BND um Asbecks "Integration" und um die Verschleierung des bestehenden Kontaktes:

"Nach Abschluß der Befragungen, von Herbst 1981 bis März 1983 haben wir versucht, Asbeck in der Schweiz zu integrieren. Die zuständige Kantonalregierung lehnte dies jedoch ab. Asbeck konnte sich dann in Österreich niederlassen. Er lebte als Geschäftsmann in Salzburg. Wir haben dann der DDR durch das Legen falscher Spuren den Eindruck vermitteln können, Asbeck habe mit dem Bundesnachrichtendienst nichts zu tun gehabt. Deshalb konnte Asbeck von Österreich aus sogar wieder mit KoKo-Firmen Geschäfte machen." (MAT A 332, Bd. III/7 (Zeeb), S. 6)

Auch nach der intensiven Befragungszeit brach der Kontakt zwischen dem BND und Asbeck nicht ab:

"Der Kollege, der Fallführer und zugleich Wirtschaftsbefrager war, hat Asbeck auch nach März 1983 wiederholt zu einzelnen Punkten nachgefragt." (MAT A 332, Bd. III/7 (Zeeb), S. 8)

Die letzten Quellenmeldung von Asbeck stammen vom November 1988.

Der BND-Mitarbeiter Zeeb faßte die Bedeutung von Asbecks Aussagen wie folgt zusammen:
 "Erstmals durch Asbeck wurde uns Einblick in den Bereich KoKo sowie zur Person Schalcks und zu den Verflechtungen zwischen KoKo und der HVA des MfS gewährt." (MAT A 332, Bd.III/7 (Zeeb), S.9)

Zeeb schätzte zur Glaubwürdigkeit von Asbecks Aussagen gegenüber dem BND ein:
 "Seine Angaben zum Bereich KoKo wurden durch anderweitige Erhebungen des Bundesnachrichtendienstes ergänzt und bestätigt. Sie erwiesen sich als zutreffend und glaubwürdig. Wir haben durch anderweitige Erhebungen keinen einzigen mir erinnerlichen Widerspruch festgestellt." (MAT A 332, Bd. III/7 (Zeeb), S. 3)

Bündnis 90/Die Grünen beantragte am 24.09.93 die Vernehmung von Bernhard Zeeb (ADrs. 483). Der Antrag wurde vom Ausschuß beschlossen (Bb 12-384), die Vernehmung jedoch nicht durchgeführt.

III.3 Peter KAMENZ

* 06.07.57

Kamenz nutzte eine im Auftrag der Fa. IMES durchgeführte Dienstreise am 07.10.88 zur Flucht aus der DDR über Holland in die Bundesrepublik.

Er war seit 1982 im VEB Flugzeugwerft Dresden und dort ab 1985 als Absatzleiter beschäftigt gewesen. Zu dieser Tätigkeit führte er bei seiner Zeugenvernehmung gegenüber dem Untersuchungsausschuß folgendes aus:

"Das heißt, mir oblagen die vertragliche Koordination und Anbahnung von Instandsetzungsleistungen für Kampftechnik der Nationalen Volksarmee.
 Des weiteren oblagen mir die Zuarbeit zum Ingenieur-Technischen Außenhandel betreffend die Vertriebsgebiete damalige Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages...
 Als drittes oblagen mir die Zuarbeiten zwecks Anbahnung, Abschluß von Vertragsverbindungen an den Ingenieur-Technischen Außenhandel sowie die IMES GmbH für folgende Länder: Der Ingenieur-Technische Außenhandel beschäftigte sich damals mit dem Irak, und die IMES GmbH beschäftigte sich damals meines Wissens vorrangig mit Ägypten. In der Anbahnung war ich ebenfalls involviert kurz vor meinem Übertritt mit Vorgängen mit dem Iran und Vorgängen mit Nigeria." (Prot. 113/6)

Kamenz wußte also von den Geschäften der Firmen Ingenieur-Technischer Außenhandel (ITA) und der KoKo-Firma IMES. Die der NVA und dem Außenhandelsministerium unterstellte Firma ITA betrieb den offiziellen Waffenhandel der DDR und verkaufte vorwiegend ausgesondertes NVA-Material. IMES, deren offizieller Firmenzweck mit der "Anbahnung, Vermittlung und Durchführung von internationalen Handelsgeschäften, besonders auf dem Gebiet der metallverarbeitenden Industrie und des Gerätebaus für Meß- und Regeltechnik" bezeichnet war, machte streng geheime Geschäfte mit Waffenhändlern und Firmen im Westen und in Kriegsgebieten. ITA und IMES hatten sich durch Absprachen die "Waffenwelt" so aufgeteilt, daß letztendlich die sich bekriegenden Staaten gleichzeitig von ihnen beliefert werden konnten. So belieferte während des ersten Golfkrieges 1980 bis 1983 ITA den Irak und IMES den Iran. Auch diese geheimen Absprachen zwischen ITA und IMES waren Kamenz bekannt.

Erste Einblicke in den Waffenhandel der Firma IMES waren für die DDR-Bevölkerung erst am 02.12.1989 möglich, als Einwohner von Kavelstorf und Umgebung in das bis dahin hermetisch abgeriegelte IMES-Lager in Kavelstorf eindringen und der Öffentlichkeit die mit Waffen vollgestopften Lagerhallen präsentierten. Der geheime Waffenhandel der Firma Imes sorgte im Dezember 1989 für Unruhe und Empörung in der DDR über die Verlogenheit der angeblich friedliebenden DDR-Führung.

Kamenz gehörte also im Jahre 1988 zu den wenigen DDR-Bürgern, die über den geheimen Waffenhandel der DDR informiert waren.

Auf die Frage, ob er nach seiner Flucht aus der DDR vom BND befragt wurde, antwortete Kamenz gegenüber dem Ausschuß:

"Ich kann nicht sagen, ob das der BND war. Es waren also Herren, die haben mich selbständig befragt." (Prot. 118/18)

Der BND hingegen ließ über den Beauftragten für Nachrichtendienste dem Ausschuß gegenüber erklären:

"Herr Kamenz war Quelle des BND und hat sich dem Dienst gegenüber nur unter Zusage der vertraulichen Behandlung seiner Angaben geäußert." (MAT A 238, S. 1)

Der Ausschuß hatte die Beziehung der BND-Akten zu Kamenz beschlossen (Bb 12-223).

Bernd Schmidbauer, Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter für die Nachrichtendienste, antwortete dem Ausschuß am 12.02.93:

"Ich bitte Sie um Verständnis dafür, daß ich der Bitte des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes folge, diese Unterlagen an den 1. Untersuchungsausschuß nicht herauszugeben ...

Da das Bekanntwerden des Inhalt der angeforderten Akten dem Wohl des Bundes Nachteile bereiten würde, sehe ich mich durch § 96 der Strafprozeßordnung daran gehindert, die erbetenen Akten zu übermitteln." (MAT A 238, S. 1)

Da die BND-Akten zu Kamenz dem Ausschuß nicht vorgelegt wurden, konnte nicht im Detail festgestellt werden, welche Erkenntnisse der BND über den Bereich KoKo und insbesondere die Fa. IMES durch die Befragungen von Kamenz gewonnen hat.

Es ist jedoch davon auszugehen, daß neben der Tätigkeit von Kamenz in der Flugzeugwerft und seinen Kenntnissen über die NVA seine Kontakte zur Fa. IMES und seine in deren Auftrag ausgeführten Auslandsdienstreisen für den BND von Interesse waren.

IMES schätzte nach Kamenz' Flucht dessen Kenntnisse über die Firma ein: Kamenz sei der strukturelle Aufbau der Fa. IMES bekannt, er hätte "Personenkenntnis über fast alle Mitarbeiter von IMES" und außerdem "Personenkenntnis des Bereichs Kommerzielle Koordinierung: Genosse Dieter Uhlig, Peter Göhring, Wolfgang Mundkowski, Werner Seifert." (MAT A 148/11 (Dieter Uhlig), Bd. 6, S. 67)

Außerdem wurde durch die Fa. IMES festgestellt, daß Kamenz die Beziehungen der Fa. IMES nach Ägypten, Iran, Finnland, Indien, Nigeria und Argentinien bekannt waren. Zum Teil war er unmittelbar an Verhandlungen beteiligt oder für die Ausarbeitung konkreter Angebote an die Geschäftspartner verantwortlich gewesen.

Kamenz kannte auch den damaligen Entwicklungsstand des Sturmgewehres Typ 940. (MAT A 194/6 (Peter Kamenz), S. 40-43)

Im Herbst 1986 war der Auftrag für die Entwicklung dieser neuen für NATO-Munition tauglichen Waffe erteilt worden. Mit diesem Gewehr wollte sich IMES neue Märkte erschließen und den Export ins westliche Ausland erhöhen.

Auch die AG BKK analysierte Kamenz' Kenntnisse zum AHB IMES und zum Bereich KoKo. Dabei wurde festgestellt:

"K. kennt den Bereich KoKo und den AHB IMES, deren Auftrag und Stellung im volkswirtschaftlichen Gefüge der DDR." (MAT A 236/2 (Peter Kamenz), S. 13)

III.4 Adolf MADER

* 13.11.34

wurde mit Unterstützung des MfS 1973 in den Bereich KoKo eingestellt. Dort war er als Einkäufer tätig. Er beschaffte für KoKo Münzsammlungen, die dann ins westliche Ausland verkauft wurden.

Für das MfS galt Mader als "führender Numismatiker für deutsche Münzen, insbesondere aus dem 19. und 20. Jahrhundert." (MAT A 148, BKK 1790, S. 31)

Mader besaß selbst eine wertvolle Münzsammlung, die 1973 einen Schätzwert von 700.000 Mark hatte und bis 1985 auf einen Wert von ca. 2,5 Mio Mark der DDR angewachsen war. Allerdings brauchte Mader diese Sammlung nicht zu versteuern. Zwar mußten in der DDR Kunst- und Antiquitätensammler für ihre Sammlungen ab 50.000 Mark Wert Vermögenssteuer zahlen. Maders Sammlung jedoch war vom Bereich KoKo zur Belegsammlung erhoben worden, die er als Vergleichsmaterial für seine Gutachtertätigkeit benutzte. Außerdem durfte er auch während seiner Tätigkeit bei KoKo privat weitersammeln.

Am 11.07.85 flüchtete Mader, der einen Dienstreisepaß besaß, aus der DDR über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland. Vor seiner Flucht hatte Mader diese Münzsammlung bei drei Reisen ins Bundesgebiet zu einem Bekannten in Mannheim ausgelagert, so daß er nach seiner Flucht über ein beträchtliches Startkapital verfügen konnte.

Zu Mader liegen dem Ausschuß MfS-Akten und das Ergebnis nur einer am 11.12.86 auf Anregung des BfV durchgeführten Befragung Maders durch das LfV Baden-Württemberg vor. Da nicht die gesamten Unterlagen des BND und BfV zu Mader dem Untersuchungsausschuß vorliegen, kann hier nicht konkret belegt werden, welche Informationen über den Bereich KoKo westliche Dienste von Mader erhielten. Aus den BND-Unterlagen zu Schuster ist jedoch feststellbar, daß Mader dem BND im Jahre 1985 nicht mehr unbekannt war. Schuster (siehe dort) hatte auch über Mader berichtet. Aus diesen Akten ergibt sich auch, daß das BfV den BND um Überlassung der dortigen Informationen zu Mader gebeten hatte.

Das LfV Baden-Württemberg charakterisierte Mader wie folgt:

"Mader, ein - wie es den Anschein hat - ausgefuchster Münzhändler, dürfte bei seinen Numismatikerkenntnissen und Verbindungen zur einschlägigen Branche hier im Bundesgebiet keine Schwierigkeiten haben, durch privaten Münzhandel (an der Steuer vorbei) ein flottes Leben zu führen." (MAT A 43, Anlage 16, Bd. 2/3, S. 370)

Und die Befrager der Verfassungsschutzes notierten:

"Herr Mader ist nicht daran interessiert sein Wissen um das Geschäftsgebaren von KoKo oder anderen DDR-Institutionen den Medien zugänglich zu machen. Er befürchtet, daß Rückschlüsse auf ihn gezogen werden könnten und sieht seine Ruhe gefährdet." (MAT A 43, Anlage 16, Bd. 2/3, S. 369)

Nach Maders Flucht aus der DDR berichtete die AG BKK am 24.09.85 "über die erzielten operativen Ergebnisse im Verratsfall Mader", daß dieser nach seiner Übersiedlung "exakt und korrekt noch offene Vermögensfragen mit der DDR geregelt" habe.

"Das betrifft auch das im operativen Auftrag des MfS angelegte Konto in der BRD, welches Mader auflöste und den Betrag in Höhe von rund 34 000,- DM im verschlossenen Umschlag an die Mitarbeiter des Außenhandels der DDR am 26.08.85 übergab." (MAT A 148, BKK 22, S. 207)

Die AG BKK analysierte Maders Kenntnisstand zum Bereich KoKo:

"Zusammenfassend ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß Mader durch seine Verkaufstätigkeit in der BRD Kenntnis von illegalen Münzgeschäften der DDR hat, die über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren mit einem Wertumfang von ca. 1 Million DM pro Jahr realisiert wurden."

Und die AG BKK schätzte ein:

"Die Preisgabe dieser Kenntnisse im Verratsfall könnte zu strafrechtlichen Sanktionen gegen bisherige Kunden der DDR in der BRD und zu einem förmlichen Protest der BRD-Regierung gegenüber dem MAH führen."

Gleichzeitig konnte aber die AG BKK mit einer eher laschen Reaktion von westdeutschen Behörden auf die Enthüllung krimineller Praktiken des Bereiches KoKo rechnen, denn:
"In vergleichbaren Fällen ist eine solche Situation bisher nicht aufgetreten."

Außerdem ging die AG BKK davon aus, daß sich Mader bei einer Offenlegung seiner Kenntnisse zum Bereich KoKo gegenüber bundesdeutschen Behörden schließlich selbst belasten müßte:
"Eine Offenbarung dieser Geschäftspraktiken würde aber auch Mader in der BRD selbst schaden, da sie für ihn rußbildschädigend sind und zumindest Prüfungshandlungen zu Verstößen gegen die Zollgesetzgebung der BRD nach sich ziehen würden...
Für den Fall einer Offenbarung seiner Zusammenarbeit mit dem MfS muß Mader aber auch damit rechnen, daß gegen ihn in der BRD strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet werden können, da er über den Zeitraum von mindestens 10 Jahren an der Festnahme mehrerer DDR-Bürger aktiven Anteil hatte und sich diese zum größten Teil in der BRD aufhalten." (MAT A 148, BKK 22, S. 210)

Manfred Seidel traf sich mit Mader am 25.06.1986 in Wien, um festzustellen, welche Informationen über den Bereich KoKo Mader an westliche Behörden weitergegeben hatte.

Mader berichtete Seidel bei diesem Treff von seinem fünftägigem Aufenthalt im Notaufnahmelager Gießen und seinem Verhalten bei den dort durchgeführten Befragungen:
"Wie Mader ausführte, bekam er während seiner inoffiziellen Zeit für eine evtl. Festnahme Richtlinien übermittelt, die er auch bei seiner Befragung im Aufnahmelager verwendet hat.
Er hat sich, wie er zum Ausdruck brachte, an diese Legende gehalten.
Ich habe ihn natürlich nicht nach dieser Legende befragt, weil diese in unseren Dokumenten überprüfbar und nachweislich festgeschrieben steht (in seinen Akten).
Demzufolge hat er alles vermieden, was irgendwie möglich war. Bei der Befragung hat er Kontakt mit einem Mitarbeiter des BND, mit einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und einem Verbindungsoffizier der NATO gehabt." (MAT A 148, BKK 22, S. 221)

Besonders interessierte Seidel, ob Mader ständige Kontakte zu westdeutschen Geheimdiensten unterhielt:
"In diesem Zusammenhang sagte er mir, daß er bis zum heutigen Tage einen sogenannten Betreuer erhalten hat. Er nimmt persönlich an, daß dieser Betreuer vom Verfassungsschutz ist, was er aber nicht eindeutig sagen kann. Er hätte sich mit diesem Mann auf Anforderung 4 - 5 mal getroffen. Dieser Betreuer hatte die Bitte, sich doch in Maders Wohnung zu treffen, was er persönlich abgelehnt hat. Er hat gesagt, sie haben ja Diensträume und wenn sie mich bestellen, komme ich in ihre Diensträume. Das wurde von seinem Betreuer akzeptiert." (MAT A 148, BKK 22, S. 224)

Adolf Mader war für das MfS als IMS "Mathes" (Reg.-Nr. V/47/71) tätig. Er wurde 1971 durch die BV Frankfurt/Oder, KD Fürstenwalde "auf der Basis der politisch-ideologischen Überzeugung geworben" und 1973 von der HA XVIII übernommen.
"Entsprechend der Zielstellung der Werbung wurde er zur Aufklärung von DDR-Numismatikern eingesetzt. Zu diesem Personenkreis erarbeitete er eine Reihe von Informationen mit zum Teil belastendem Charakter." (MAT A 148, BKK 1790, S. 33)

Für seine Dienste wurde Mader vom MfS zweimal die Verdienstmedaille der NVA verliehen.

Beim MfS standen zahlreiche westliche Geschäftspartner des Bereiches KoKo unter Verdacht der Verbindung zu westlichen Geheimdiensten. An solche dem MfS verdächtigen Geschäftspartner wurden IM herangeführt. So auch IMS 'Mathes':
"In diesem Zusammenhang wurde mit einer gezielten Blickfeldarbeit begonnen. Zielstellung war die Herstellung einer direkten Verbindung zu einem imperialistischen Geheimdienst. 'Mathes' wurde diesbezüglich intensiv geschult." (MAT A 148, BKK 1790, S. 34)

Weiter wird in diesem Zusammenhang ausgeführt:

"Zur praktischen Umsetzung dieses Auftrages wurden mit 'Mathes' u.a. solche Maßnahmen realisiert wie...

- 1977 Gründung der Firma HACAG in Vaduz/Liechtenstein gemeinsam mit Köppen.

Über diese Firma liefen in der Folgezeit einige legale Münzgeschäfte. Im Interesse der Blickfeldarbeit wurde mit Wissen des Köppen ein Gewinnanteil auf das o.g. Privatkonto des 'Mathes' in Pforzheim überwiesen." (MAT A 148, BKK 1790, S. 35)

Tatsächlich waren westdeutsche Behörden auch auf Maders Verbindung zu dieser Firma aufmerksam geworden. Bei seiner Befragung durch den Verfassungsschutz wurde Mader auch zur Firma HACAG, Vaduz/ Liechtenstein befragt:

"Auf die Frage, ob er o.g. Firma kenne, erklärte er überrascht und spontan, das sei seine Firma gewesen. Bevor er jedoch weiterreden wolle, müsse er auf die Toilette."

Und die Geheimdienstler notieren eine:

"Anmerkung: Vermutlich überlegte er dabei, inwieweit er seine damit zusammenhängenden Unkorrektheiten preisgeben soll. Nach ca. 5 Minuten kam er zurück und führte folgendes aus:..."

Mader erzählte dann, der "Berufskollege und Freund" Karlheinz Köppen, Briefmarken- und Münzhändler in Saarbrücken, hätte die Idee zur Gründung der Firma gehabt, über die Maders Geschäfte mit der Bundesrepublik Deutschland ablaufen sollten, um Mader einen Nebenverdienst zu sichern. So sei er, Mader, in der Lage gewesen, "seine sparsamen Spesen aufzubessern und hatte Geld zur Verfügung, seine private Münzsammlung auszubauen." (MAT A 43, Anlage 16, Bd. 2/3, S. 366)

Das LfV schickte das Befragungsergebnis am 23.12.86 zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Auswertung und Mitteilung eventuell vorhandener Erkenntnisse an das BfV. Wie der Fall Mader von den Diensten weiter behandelt wurde, kann durch den Ausschuß nicht festgestellt werden, da weitere Unterlagen dazu dem Ausschuß nicht zur Verfügung stehen.

III.5 Gerhard MAUNE

* 27.08.27

Maune war von 1971 bis 1974 im Auftrag der HVA in der Hauptmeldestelle in Stuttgart unter dem Decknamen "Achim Beyer" tätig.

Nach seiner Rückkehr in die DDR wurde er 1974 wie auch andere zurückgezogene Spione (u.a. Ruth Lerche, die 1969 in die Bundesrepublik eingeschleust worden und bis 1976 unter dem Decknamen "Vera Marie Schulz" als Sekretärin an der Universität in Bonn tätig war) bei der HVA-Firma ASIMEX eingesetzt und war dort als Fachbereichsleiter tätig. Asimex war zur ökonomischen Leitung dem Bereich KoKo unterstellt.

Während seiner Tätigkeit bei ASIMEX war Gerd Neumann alias "Gerd Schuster" von der HVA/Bereich K Maunes Verbindungsmann. Gerd Neumann hielt auch die HVA-Verbindung zu anderen Mitarbeitern der Fa. ASIMEX. (MAT A 148, BKK 1766, S. 370) Neumann nahm jährlich in bar und ohne Quittung 800.000 DM und 1 Mio Mark der DDR von ASIMEX erwirtschaftete Beträge für die HVA in Empfang. (RG 38, S. 3)

1978 wurde Maune während einer Dienstreise in Holland vom BND angeworben. Die BND-Mitarbeiter konfrontierten Maune bei der Kontaktaufnahme mit seiner ihnen bekannten Tätigkeit für die HVA:

"Die vier Personen, darunter der Reinhard, teilten mir in Holland mit, daß sie wissen, daß ich in der Hauptmeldestelle in Stuttgart war und dort Karteikarten in die laufende und ausgeschiedene Kartei illegal lanciert habe und zwar als Beauftragter der Staatssicherheit." (MAT A 148, BKK 1766, S. 136)

"..., nur durch eine Zusammenarbeit könnte ich einer Strafe entgehen, die sehr hart ausfallen würde. Sie hätten sogar die Möglichkeit, dies hier zu vollziehen." (MAT A 148, BKK 1766, S. 66)

Danach hatte sich Maune mehrmals u.a. mit den BND-Mitarbeitern "Reinhard" und "Walter" während seiner im Auftrag der ASIMEX durchgeführten Auslandsdienstreisen getroffen.

Bei diesen Treffs wurde Maune von den BND-Mitarbeitern u.a. zu Günter Asbeck, zum Bereich KoKo (Struktur, Aufgaben und Mitarbeiter), zur Firma ASIMEX (Aufgaben, Aufbau, Umsatz, Provisionseinnahmen, Mitarbeiter, Unterstellungsverhältnis, Verbindungen zum Bereich KoKo) und deren westliche Geschäftspartner (wie EASTMAN/KODAK, Firma Staudt, Phillip Morris, JOINT TRAWLERS, REEMTSMA) befragt.

Außerdem ließen sich die BND-Mitarbeiter bei den Treffs über den jeweiligen Anlaß für Maunes Dienstreise und über die ausländischen Verhandlungsteilnehmer informieren.

Nach dem Übertritt des ebenfalls vom BND geworbenen Chefs der ASIMEX, Günter Asbeck (siehe dort), in die Bundesrepublik wurde Maune vom BND die Ausschleusung aus der DDR angeboten, was er ablehnte.

1983 wollte Maune ein erneutes Angebot des BND zur Ausschleusung schließlich wahrnehmen. Da er aber während seiner Reise nach Ungarn, von wo aus die BND-Schleusungsaktion erfolgen sollte, eine "hautnahe Bewachung" durch das MfS registrierte, rief er von Ungarn aus seinen HVA-Führungsoffizier an und kehrte in die DDR zurück. Dort wurde er wegen Spionage inhaftiert und verurteilt.

Die Beziehung der BND-Akten zu Maune wurde von Bündnis 90/Die Grünen beantragt und vom Ausschuß beschlossen. (BB 12-242)

Der BND lehnte jedoch die Übersendung dieser Akten aus "Quellenschutzgründen" ab. (Schreiben Schmidbauer vom 04.02.1993, in: Tgb.Nr. 30/93)

Da die BND-Unterlagen zu Gerd Maune nicht vorliegen, kann nicht im Detail festgestellt werden, worüber Maune dem BND berichtet hat.

Es ist jedoch davon auszugehen, daß dem BND neben den von Asbeck gelieferten Informationen durch die Zusammenarbeit mit Maune die geheime HVA-Firma Asimex weitgehend bekannt geworden war.

III.6 Hans-Joachim MENZEL

* 08.09.30

war als Direktor bei der Fa. BERAG tätig.

Für das MfS arbeitete Menzel als IMB "Peter Reimann" (Reg.-Nr.: XV/8497/60). Seine Führungsoffiziere waren bei der HA XVIII/7 Hauptmann Grund, bei der AG BKK York Hartung.

Dem Untersuchungsausschuß liegen Berichte, meist Tonbandabschriften, des IMB "Peter Reimann" an seine Führungsoffiziere vor. IMB "Peter Reimann" berichtete dem MfS insbesondere über westliche Geschäftspartner (u.a. von den Firmen Brenntag, Frank & Schulte GmbH, IVOTEC GmbH, Degussa und Hüls AG).

Das BfV war bereits 1975 auf Menzel aufmerksam geworden.

Das "Stadtbüro Oskar" in Köln teilte dem BfV im Februar 1975 mit:

"Menzel wurde durch eine unserer Quellen bei einer Lichtbildvorlage als MfS-Angehöriger identifiziert." (MAT A 232, 34/93 (Hans-Joachim Menzel), S. 14)

Das BfV übermittelte im März 1975 an das LfV in Wiesbaden:

"Durch eine Lichtbildvorlage bei einer unserer Quellen wurde Menzel einwandfrei als Angehöriger des militärischen Nachrichtendienstes der DDR identifiziert. Er gehörte 1958 als Oberleutnant der Abteilung T des militärischen DDR-Nachrichtendienstes an. Vorher war er als Lehrer an der Pionier-Offiziersschule in Dessau tätig. Er galt als bestqualifizierter Fachmann für Sprengstoffe." (MAT A 232, 34/93, S.15)

Daraufhin wurde Menzel bei seinen Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland observiert. Im April 1982 zweifelten die Verfassungsschützer allerdings an der Identität Menzels:

"Auffällig ist hierbei der Widerspruch, daß Menzel bereits seit 1960 in kaufmännischer Funktion mit führenden Chemie-Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland Geschäftsverhandlungen führt, während der ND-Angehörige Menzel bis 1958 ausschließlich als Spezialist für technische Bereiche eingesetzt war. Insofern ist die Identifizierung durch die Quelle nachträglich in Zweifel zu ziehen." (MAT A 232, 34/93, S. 86)

Die Observationen wurden zunächst fortgesetzt. Die letzten Eintragungen in der dem Untersuchungsausschuß vorgelegten BfV-Akte zu Menzel stammen von 1984.

Aus Unterlagen der AG BKK geht hervor, daß Menzel 1955/56 einen Lehrgang an der Militärschule in Dresden absolvierte. Er erhielt den Parteauftrag, die militärische Aufklärung der DDR, die damals unter Leitung von General Linke stand, mit aufzubauen. Menzel war als Fachlehrer für Sprengstoffe und nachrichtendienstlich als Offizier der Armeeaufklärung tätig. (MAT A 148, BKK 30, S. 9; S. 101)

1984 wurde Menzel vom BND kontaktiert.

Menzel hielt bis 1987 mit Wissen des MfS Kontakt zum BND-Mitarbeiter "Müller".

Für die während Auslandsdienstreisen durchgeführten Treffen mit "Müller" erhielt Menzel vom MfS konkrete Aufträge. Nach den durchgeführten Treffen berichtete Menzel dem MfS ausführlich. Das von "Müller" für die Treffen erhaltene Geld rechnete Menzel bei seinem Führungsoffizier ab.

Von der AG BKK wurden Menzels Berichte über die Treffen mit Müller an die HVA/TX/B, die HA II/AG Koordinierung und die HA XVIII/14 "zur speziellen Auswertung und zum weiteren koordinierten Vorgehen" übergeben.

Außerdem waren auch die HA II/19 und die HA II/6 in den Vorgang einbezogen.

In einer "Analyse der Zusammenarbeit zwischen dem LMB 'Peter Reimann' und dem Mitarbeiter des BND 'Klaus Müller'" stellte die AG BKK 1986 fest, daß der Kontakt zwischen Menzel und "Müller" von Schürmann (siehe dort) hergestellt worden war und "Müller" bei den von März 1984 bis Juli 1985 durchgeführten zehn Treffen mit Menzel besonders an Informationen über die Zentrale des Bereiches KoKo und die KoKo-Firmen Intrac, BERAG, Delta und Simpex interessiert war.

Aus Menzels Berichten über seine Gespräche mit "Müller" wird deutlich, daß "Müller" über detaillierte Kenntnisse zum Bereich KoKo verfügte:

"Müller'sagte, ... , daß der Bereich Kommerzielle Koordinierung als Organ des MfS in erster Linie für die Beschaffung von Valuten bzw. Arbeitsmaterialien und anderweitigen Dingen aufgebaut wurde und weitgehend unter Leitung von Manfred Seidel als Oberst des MfS steht ... 'Müller' meinte, daß trotz dieser Gesamtproblematik es aus seiner Sicht zwei Spitzen in der konspirativen Arbeit im Bereich Kommerzielle Koordinierung gibt und wie er bereits früher betonte, dies Forger sei und auch die Fa. Kunst und Antiquitäten." (MAT A 148, BKK 30, S. 99)

Nach Schilderung von Menzel gegenüber seinen Führungsoffizieren wurde er insbesondere bei einem Treff im November 1986 mehrfach von "Müller" auf eine eventuelle Tätigkeit für das MfS angesprochen:

"Er sagte, sie können mir doch nicht erzählen, daß sie bei ihrem Ausbildungsstand, bei ihrem Dienst, keine Berührung mit der konspirativen Arbeit hatten und daß sie nicht ein Mitarbeiter des MfS sind. Man merkt doch an ihrer Pünktlichkeit, mit der sie Termine wahrnehmen bereits die konspirative Ausbildung und auch die Tätigkeit, denn man kann ja fast eine Uhr nach ihrem Erscheinen stellen. Es gab zu dieser Frage eine längere Diskussion." (MAT A 148, BKK 30, S. 100)

"Er meinte weiter, sie können mir doch aber nicht erzählen, als sie dann stellv. Generaldirektor wurden, daß sie nichts mit dem MfS zu tun hatten, in einem solchen Aufgabenbereich wie dem AFB Chemie." (MAT A 148, BKK 30; S. 102)

"Müller' belehrte mich in diesem Zusammenhang, daß ich täglich damit rechnen muß, daß ich vom MfS angesprochen werde. Er sagte, gehen sie bei einer solchen Situation unbedingt auf die Wünsche und auch Vorschläge ein, aber beweisen sie genug Mut und persönliches Standvermögen, auch darüber zu berichten. Wir werden sie deswegen nicht verurteilen und auch nicht fallen lassen,

sondern wollen einfach wissen, was um sie herum passiert, wie es passiert und wie alle Fragen und Darstellungen einzuordnen sind. Gehen sie also immer davon aus, daß sie in uns Freunde und Verbündete haben und lassen sie sich nicht von dem Gedanken quälen, daß sie als evtl. Mitarbeiter der Staatssicherheit oder als angesprochener Mann des MfS nicht mehr unsere Aufmerksamkeit finden, daß wir sie deshalb moralisch oder anderweitig abtun." (MAT A 148, BKK 30, S. 103)

Nach Auswertung dieses Treffs zwischen Menzel und "Müller" teilte die AG BKK Menzel mit: "In jedem Fall sei das Ziel der Maßnahmen des BND darauf gerichtet, daß der IMB seine Verbindung zum MfS offenbart." Das MfS instruierte Menzel in Vorbereitung des folgenden Treffs mit "Müller", unter keinen Umständen seine IM-Tätigkeit gegenüber dem BND-Mitarbeiter einzugestehen und die Kontakte mit "Müller" zu beenden. (MAT A 148, BKK 30, S. 87)

Durch die HVA/IX/B wurde der darauf folgende Treff zwischen Menzel und "Müller" ausgewertet: "Gen. Oberst Morowitzki wertete die Ergebnisse des Treffs 'Peter Reimann' mit dem BND-Mitarbeiter 'Müller' als operativ wertvoll. Es bestätigte sich die durch den Treff gewonnene Einschätzung, daß sich 'Müller' gegenüber dem BND zur versuchten Werbeoperation voll offenbart hat." (MAT A 332, Bd. VI/4, S. 332)

Dies läßt den Schluß zu, daß die HVA inzwischen versucht hatte, den BND-Mitarbeiter "Müller" anzuwerben.

"Der IMB wurde zur Kontrolle aktiver Maßnahmen der HVA IX, die sich gegen einen Agentenfürher des BND richteten, eingesetzt. Der IMB konnte bei einem Treff mit diesem Agentenfürher für die HVA wichtige Erkenntnisse über die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen erarbeiten. Des weiteren wurden durch den IMB wertvolle Aufklärungsergebnisse auf dem Gebiet der Informationsinteressen zum Bereich Kommerzielle Koordinierung und zum MfS erzielt." (MAT A 332, Bd. VI/4, S. 219)

Die AG BKK notierte:

"Die Verbindung des IMB zum BND ruht seit dem 27.4.87. Der Orientierung des BND, sich in größeren Abständen bei Dienstreiseaufenthalten im NSW telefonisch zu melden, kam der IMB auftragsgemäß nicht nach." (MAT A 148, BKK 852, S. 45)

Die Beziehung der BND-Akten zu Menzel wurde von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt und vom Ausschuß beschlossen (BB 12-242). Der BND lehnte eine Vorlage der Akten aus "Quellenschutzgründen" ab. (Tgb.Nr. 30/93)

Bündnis 90/Die Grünen beantragte die Vernehmung des BND-Mitarbeiters "Müller". Der Antrag wurde vom Ausschuß beschlossen (BB 12-253), die Zeugenvernehmung aber nicht durchgeführt.

III.7 Axel PÖSZ

* 15.05.44

Axel Pösz war bei der Intrac GmbH beschäftigt und dort ab 1983 in der Funktion des Gruppenleiters Chemie tätig.

Pösz arbeitete als Doppelagent für das MfS und den BND.

Dem Untersuchungsausschuß liegen MfS-Unterlagen zu Pösz vor. Bündnis 90/Die Grünen beantragte die Beziehung der BND-Akten zu Axel Pösz. Die Aktenbeziehung wurde vom Ausschuß beschlossen (BB 12-242). Der BND hat die Unterlagen aus "Quellenschutzgründen" nicht an den Ausschuß übergeben. (Tgb.Nr. 30/93)

Pösz wurde am 16.06.1993 vom Untersuchungsausschuß vernommen.

Pösz' Motivation für seine Zusammenarbeit mit dem MfS war nach seinen Angaben gegenüber dem Untersuchungsausschuß, die Absicht, Karriere machen zu wollen. Er arbeitete mit dem MfS als IMB "Buntspecht", Reg.-Nr. MfS XV/14/76, zusammen. 1975 war er von der HVA III/2 als IM angeworben worden. Durch die HVA wurde er bis 1981 gesteuert, danach wurde IMB "Buntspecht" von der HA XVIII/7 und der AG BKK geführt. Seine Führungsoffiziere waren York Hartung und Hauptmann Jörg Wagner.

Pösz war vom MfS darüber informiert worden, daß der BND eine Kontaktaufnahme zu ihm beabsichtige. Nachdem wenig später die Kontaktaufnahme durch den BND tatsächlich erfolgt war, ließ sich Pösz im Auftrag des MfS vom BND anwerben und berichtete dem MfS über die stattgefundenen Treffen.

Unter den Decknamen "Taurus", "Merkur", "Lars" hielt Pösz die Verbindung zum BND. Dabei hatte Pösz Kontakt zu den BND-Mitarbeitern "Hüber", "Richter", "Bastian" und "Thomas". Bündnis 90/Die Grünen beantragten am 10.11.92 auch die Vernehmung dieser BND-Mitarbeiter. Der Antrag wurde vom Ausschuß am 25.11.92 beschlossen (BB 12-253), die Vernehmungen jedoch nicht durchgeführt.

Für seine Informationen an den BND wurde Pösz bei den Treffen von den BND-Mitarbeitern bezahlt. Dieses Geld rechnete er bei seinen MfS-Führungsoffizieren ab. Außerdem richtete der BND für Pösz ein Konto ein. Am 17.11.89 informierten die BND-Mitarbeiter Pösz, daß der Kontostand 37.300 DM betrage.

Pösz war vom MfS in gegen den INTRAC-Mitarbeiter Weninger (siehe dort) gerichtete Ermittlungen, die in einem Operativen Vorgang "Kessin" zusammengefaßt wurden, einbezogen: "Im November 1984 wurde die Feindverbindung des IMB 'Buntspecht' zum BND aus Gründen der Bearbeitung des OV 'Kessin' unterbrochen, weil der IMB 'Buntspecht' die Ausgangshinweise, die zur Bearbeitung des OV führten, erarbeitet hatte und aktiv in die Liquidierung des OV einbezogen war." (MAT A 332, Bd. III/5 (Pösz), o.P.)

Nach Weningers Inhaftierung wegen des Verdachts der Wirtschaftsspionage wurde der Kontakt zwischen Pösz und dem BND wieder hergestellt. Pösz berichtete bei einem Treff mit den MfS-Führungsoffizieren am 29.12.86 von seinem erneuten Kontakt mit dem BND: "Das erste, was 'Bastian' zu mir sagte, daß sie sich sehr große Sorgen gemacht hätten und sie überhaupt keine Erklärung dafür hätten, warum ich mich nicht gemeldet habe... Habe ihm auch gesagt, daß es unmöglich wäre, mich in so eine Situation zu bringen, in dem sie einen Weninger, der mir unmittelbar unterstellt ist, praktisch vor die Nase gesetzt haben und Weninger gegriffen wurde und ich damit in höchster Gefahr war ... Die erste Reaktion war gespielte Verblüffung und dann sagte er, damit hätten er und sie als BND nichts zu tun, das müssen die Amerikaner gewesen sein. Ich habe ihn nicht zweifeln lassen, daß ich ihm nicht glaube. Ich habe ihm erklärt, daß ich als Zeuge geladen war, ich diese Erfahrung nicht wieder machen möchte, daß ich in der Magdalenenstraße war, längere Befragungen über mich ergehen lassen habe müssen ... Er war in der absoluten Defensive, wurde immer kleiner am Tisch, schenkte mir einen Wisky ein und beteuerte mehrfach, daß sie in dieser Angelegenheit nichts zu tun hätten ... Ich machte ihm deutlich, ... , mir wäre das Risiko insgesamt viel zu groß nach all den Erfahrungen der letzten Monate hätte ich überhaupt keine Lust mehr an einer Zusammenarbeit. Ich sagte ihm, daß ich keine 9 Jahre, wie Weninger ins Gefängnis möchte für solch einen 'Scheiß' hier... Er bat mich jedoch ... , daß ich den Kontakt weiter zu ihm halte ..." (A 236, Bd. II/3, S. 291, 292)

Dem Untersuchungsausschuß liegen Berichte des IMB "Buntspecht" über seine durchgeführten Treffen mit dem BND bis Ende November 1989 vor.

Pösz gab gegenüber dem Untersuchungsausschuß an, seit 1983 mit dem BND auch Treffen ohne Wissen des MfS durchgeführt zu haben, es hätte fortan eine qualitative Veränderung seiner Zusammenarbeit mit dem BND gegeben, er hätte ab diesem Zeitpunkt auch begonnen, an den BND Dokumente (u.a. zur Intrac, zu Auslandsorganisationen, zur Zivilverteidigung und zur Energiesituation in der DDR) zu liefern, was ihm zuvor vom MfS untersagt gewesen wäre. Da dem

Untersuchungsausschuß die BND-Akten zu Pösz nicht übergeben wurden, kann diese Aussage Pösz' hier nicht überprüft werden.

Wie Pösz gegenüber dem Untersuchungsausschuß erklärte, hatte er seine BND-Kontaktpartner allerdings auch ab 1983 nicht über seine IM-Tätigkeit für das MfS informiert. Nach der Wende in der DDR sei er davon ausgegangen, daß seine MfS-Unterlagen vernichtet worden wären, deshalb habe er auch dann nicht gegenüber dem BND seine MfS-Kontakte offengelegt.

Pösz' Verbindung zum BND wurde von verschiedenen MfS-Abteilungen koordiniert. So teilte die HA II/AG Koordinierung bzgl. der "IMB-Verbindung 'Buntspecht'" dem Leiter der AG BKK z.B. am 26.04.89 mit:

"Deshalb sollten wir den IMB weiter zur

- Führung 'politischer Dialoge' mit den Geheimdienst-Mitarbeitern (vor allem 'Richter') beauftragen,
- Gewinnung von Hintergrundinformationen motivieren, ...
- Auswahl eines/mehrerer Kandidaten aus dem beruflichen bzw. privaten Umfeld für eine gezielte Benennung beim BND einsetzen..." (A 236, Bd. I/2, S. 295)

Der MfS-Auftrag an Pösz bezüglich seiner Verbindung zum BND bezog sich vor allem darauf, den Informationsbedarf des BND zum Bereich KoKo zu ermitteln, also festzustellen, an welchen Informationen der BND besonders interessiert war und außerdem zur Identifizierung der BND-Mitarbeiter durch die HVA präzise Personenbeschreibungen zu liefern.

In einem operativen Auskunftsbereich der AG BKK zu Axel Pösz vom 25.02.88 wurde Pösz' Kontakt zu den BND-Mitarbeitern zusammengefaßt geschildert:

"... unterhielt der IMB 'Buntspecht' die Feindverbindung zum BND und wurde von diesem mit Deckadressen, Geheimschriftmitteln, Containern ausgestattet und in deren Anwendung unterwiesen. Der Informationsbedarf des BND umfaßte Informationen zu aktuellen außenpolitischen Entwicklungen, Informationen zur innenpolitischen Lage in der DDR, Informationen zur Erdöl- und Kreditpolitik der DDR, sowie Informationen zu Kadern der Intrac GmbH." (MAT A 332, Bd. III/5 (Pösz), o.P.)

Pösz erhielt für seine Treffen mit dem BND jeweils konkrete Aufträge vom MfS. Vor Antritt einer Dienstreise im Oktober 1989 erklärte Pösz bei dem Treff mit seinen MfS-Führungsoffizieren:

"Mein Auftrag für diese Dienstreise lautet: Ich werde mich auftragsgemäß am 18.10.1989 mit dem BND in Verbindung setzen ... Schwerpunkt des Zusammentreffens ist die Ermittlung des Informationsbedarfes des BND in dieser Situation. Um diese Fragestellung zu erfüllen, werde ich versuchen, kontroverse Situationen zu diskutieren, um den Wissensstand und den Informationsbedarf des BND zu ermitteln. Um die ganze Sache aufzulockern, werde ich davon erzählen, daß mein Mitreisender mir erzählte, aus guter Kenntnis der Dresdener Szene, ... , daß während der Auseinandersetzung um den Hauptbahnhof herum beim Einsatz der Polizei nach 10 Minuten die Wasserwerfer ohne Wasser waren.

Es ist eine Aufgabe, weitere persönliche Merkmale und Besonderheiten von 'Richter' aufzuarbeiten.

Im Verlaufe des Zusammentreffens werde ich, je nach Situation, die Frage stellen, wie weit die Unterstützung des BND bei einer für mich notwendigen Republikflucht ginge. In diesem Zusammenhang werde ich nach dem Kontostand fragen und bei dieser Gelegenheit deutlich machen, daß mit einer Summe, die mir genannt wird, von voraussichtlich ca. 30 bis 40.000 DM ja letztlich kein akzeptabler Start in der BRD möglich wäre." (A 236; II/5; S. 123 - 125)

Am 11.10.89 wurde Pösz vom MfS im Konspirativen Objekt "Blitz" mit dem "Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland" ausgezeichnet:

"Der IMB 'Buntspecht' versicherte bei der Auszeichnung, daß er auch künftig zuverlässig und mit hoher Einsatzbereitschaft alle ihm vom MfS übertragenen Aufgaben lösen wird." (A 236 III/1, S. 55)

Seit März 1990 ist Pösz bei der Hamburgischer Landesbank angestellt. Pösz baute die Repräsentanz der Hamburgischen Landesbank in Berlin auf.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Peter Zamory (Grüne/GAL) "Betr.: Beschäftigung eines ehemaligen Stasi-Agenten als Repräsentant der Hamburgischen Landesbank" erklärte der Senat der Stadt Hamburg im Juli 1993:

"Es trifft nach Kenntnis der Hamburgischen Landesbank zu, daß Herr Pösz früher für die Firma Intrac im Ölhandel tätig war und daß er in Beirut und Athen für die damalige DDR Aufgaben im Außenhandel wahrgenommen hat."

Die Hamburgische Landesbank habe Pösz "aufgrund von Empfehlungen zweier gutbelegter Kunden der Bank eingestellt. Maßgeblich für die Einstellung waren seine Außenhandelserfahrungen und seine guten Kenntnisse der Wirtschaftsstruktur der damaligen DDR." (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs. 14/4435)

Gegen Axel Pösz hat der GBA am 14.05.92 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit eingeleitet, da aus vorliegenden Unterlagen folge, daß der Beschuldigte als Doppelagent gegen den BND tätig gewesen sei.

Der GBA teilte dem Untersuchungsausschuß mit, dieses Ermittlungsverfahren sei "mit Verfügung vom 26.02.93 an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht in Berlin zur weiteren Bearbeitung unter dem dortigen Aktenzeichen 3 OJs 125/92 abgegeben" worden.

Bei seiner Vernehmung am 16.12.92 durch das Bayrische Landeskriminalamt machte Pösz folgende Aussage:

"Zur Erläuterung möchte ich ausführen, daß ich etwa seit 1978 fast monatlich mündliche und schriftliche Berichte an diese bundesdeutsche Behörde weitergegeben habe." Es habe "seit 1978 eine enge und intensive Zusammenarbeit mit dem BND bis zum April 1991" gegeben.

Außerdem erklärte Pösz:

"Im Januar 1990 suchte mich mein ständiger Gesprächspartner vom BND auf und ich mußte gegenüber ihm eine mündliche Schweigeerklärung über diese Zusammenarbeit abgeben."

Pösz legte den Ermittlungsbehörden zur Bestätigung seines Kontaktes zum BND in Ablichtung ein Schriftstück vor, in welchem er von seinem BND-Gesprächspartner "Jochen Richter" aufgefordert wird, 19.000 DM auf das Konto des BND einzuzahlen. (MAT A 332, Bd. III/5 (Pösz), S. 3)

Der Stand dieses Ermittlungsverfahrens ist dem Untersuchungsausschuß nicht bekannt.

Allerdings war Pösz zum Zeitpunkt seiner Zeugenvernehmung durch den Untersuchungsausschuß am 16.06.93 "bereits mitgeteilt worden ..., daß das Ermittlungsverfahren in Kürze eingestellt werde." (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drs. 14/4435)

In Vorbereitung seiner Vernehmung durch den Untersuchungsausschuß hatte Pösz Kontakt zum BND, dabei sei es "um die Ästhetik und Brisanz" gegangen.

III.8 Alexander SCHALCK-GOLODKOWSKI

* 03.07.32

war der Leiter des Bereiches KoKo. Schalck verließ in der Nacht vom 02. zum 03.12.89 die DDR.

Schalcks Kontakte zum BND

Der BND-Präsident Porzner erklärte gegenüber dem Ausschuß:

"Der Bundesnachrichtendienst hatte vorher zu Herrn Schalck keine Kontakte - keinen Kontakt; nicht nur Plural, sondern auch Singular! Herr Schalck war niemals Informant oder - wie es andere lieber haben - Agent des Bundesnachrichtendienstes; er war nicht - wie vermutet oder gelegentlich behauptet wird - Doppelagent... Der BND hat mit Schalck erst im Januar 1990 Kontakt aufgenommen,..." (Prot. 8/8, 49)

"Schneewittchen" beim BND

Schalck hatte beim BND den Decknamen "Schneewittchen". Der BND-Präsident Porzner erläuterte: "Warum dieser Name gewählt wurde, weiß ich auch nicht. Das sind oft sehr phantasievolle Namen. Es gibt keinen besonderen Grund. Decknamen sind immer sonderbar... Seit 1954 wurde der Deckname Schneewittchen insgesamt sechsmal verwendet, diese sechs Fälle hatten jedoch nichts mit Dr. Schalck-Golodkowski zu tun und gehörten zum Zeitpunkt der Namensgebung für Dr. Schalck-Golodkowski bereits der Vergangenheit an. Dr. Schalck-Golodkowski war dann also das 7. Schneewittchen." (Prot. 8/ 48, Erg. S. 4)

Decknamenpapiere "Gutmann"

Der BND übergab Schalck und seiner Frau auf dessen Wunsch hin Decknamenpapiere auf den Namen Gutmann.

Die Papiere wurden vom BND beim Kreisverwaltungsamt München beschafft. Daß diese Verfahrensweise ungewöhnlich war, erläuterte der BND-Mitarbeiter Foertsch gegenüber dem Ausschuß: "...dieses Verfahren haben wir, wenn es sich um Papiere für Quellen, für konspirativ arbeitendes, nicht hauptamtliches Personal, ging, sonst nicht angewendet. Also wir haben solche Papiere, nach dem, was ich feststellen konnte, und auch nach meiner Erfahrung, nur für hauptamtliches Personal, also für Bedienstete des BND, ausstellen lassen, weil wir, wenn es sich um den Schutz und die Ausstattung von Quellen, also nicht hauptamtliches Personal drehte, nicht zum Kreisverwaltungsreferat gegangen sind, weil wir dadurch viel zu viele Mitwisser von der Identität haben würden... Das Verfahren, wie es im Falle der Gutmann-Papiere angewendet wurde, ist sonst nur für die Ausstattung von hauptamtlichen Angehörigen des Dienstes verwendet worden... Papiere für Quellen, für Leute, die nicht hauptamtlich für uns arbeiten, haben wir auf eine andere Weise, die ich aber nicht in öffentlicher Sitzung erläutern kann, beschafft." (Prot. 20/16, 20, 29)

Die Übergabe von Decknamenpapieren durch den BND an Schalck wurde von der Bundesregierung zunächst geleugnet und eine parlamentarische Anfrage des SPD-Abgeordneten Peter Conradi vom Februar 1990 von der Bundesregierung falsch beantwortet. Erstmals im August 1991 wurde die Ausstellung von Decknamen-Papieren durch den BND für Schalck öffentlich bekannt. Von nun an bemühte sich die Bundesregierung, diese Maßnahme mit einem Sicherheitsrisiko für Schalck zurechtfertigen.

Der Präsident des BND erklärte gegenüber dem Ausschuß:

"Es hat beim Bundesnachrichtendienst im Dezember 1989 einen Hinweis von einem Informanten gegeben, der in der früheren DDR an einer Stelle tätig war, aus der heraus er dem Bundesnachrichtendienst jahrelang sehr zuverlässige Informationen gegeben hat über Dinge, die im Politbüro und im Zentralkomitee der SED behandelt worden sind. Dieser Informant hat den BND wissen lassen, daß Schalck-Golodkowski - das heißt Schalcks Leben - gefährdet sein könnte durch Personen des früheren Staats- und Regierungsapparats in der DDR. Diesen Hinweis hatten wir - wie gesagt, von einem Informanten, den der BND als sehr zuverlässig kannte. Deswegen hat der Bundesnachrichtendienst Deckpapiere besorgt,..." (Prot. 8/16)

Diese Begründung erscheint vor allem deshalb unlogisch, weil die Deckpapiere auf den Mädchennamen von Schalcks Frau - Gutmann - lauteten und sowohl der Mädchename von Sigrid Schalck-Golodkowski

als auch die Tatsache, daß sie auch nach der Heirat mit Schalck diesen Namen für Westreisen insbesondere zur Beschaffung von Waren für die Wandlitz-Siedlung benutzte, "Personen des früheren Staats- und Regierungsapparates in der DDR" und erst recht eingeweihten MfS-Mitarbeitern bekannt war. Dieser Deckname hätte also für Schalck keinen wirklichen Schutz vor befürchteten Anschlägen bieten können.

Auch im BND wurde diese Maßnahme z.T. nicht akzeptiert. Der BND-Mitarbeiter Foertsch berichtete dem Untersuchungsausschuß:

"Wenn Sicherheitsgründe eine Rolle gespielt haben, hätte ich sie und akzeptiere ich sie auch heute nicht; denn wie soll sich die Sicherheit erhöhen, wenn der Mann unverändert dort, wo er ist,

herumläuft und einen Namen hat, von dem das MfS - und das war ja zu fürchten - weiß, daß er ihn oder seine Frau ihn benutzt haben auch schon in der DDR." (Prot. 20/11)

Foertsch vermutete weiter:

"Diese Papiere könnten ihn ja in die Lage bringen oder in die Lage versetzen, z.B. Konten auf den Namen Gutmann, na, von denen abzuheben. Ich wollte nicht - das waren auch meine Bedenken später -, daß der BND dem Herrn Schalck Papiere gibt, mit denen er etwas macht, was wir gar nicht kontrollieren können." (Prot. 20/8)

Außerdem zeigen die Vermerke des BND, daß Schalck selbst zu Zeiten seiner vom BND angenommenen Sicherheitsgefährdung intensive Kontakte in die DDR pflegte und darüber den BND informierte.

Schalck - "Schneewittchen" berichtete dem BND:

Der BND-Präsident Porzner sagte gegenüber dem Untersuchungsausschuß:

"Gegenstand der Befragung ... waren ... die Bereiche Politik, Wirtschaft, Technik/Wissenschaft, Militär und fremde Dienste, also KGB, GRU... Im einzelnen ist ... gefragt worden nach

- der Rolle des MfS - den Beziehungen Schalcks zum MfS -,
- der Verschuldungslage der DDR,
- Struktur und Arbeitsweise von KOKO...
- Technologietransfer,
- Waffenhandel und auch
- der gegenwärtigen - damals gegenwärtigen - Rolle des früheren Staats- und Regierungsapparats und seiner Repräsentanten." (Prot. 8/20)

Schalck berichtete über MfS-Verbindungen

Schon bei seinem ersten Treff mit dem BND am 22.01.90 machte Schalck u.a. folgende Angaben zu MfS-Verbindungen:

"Rolle der Wirtschaftsministerin Luft FÜOffz ist Oberst Süss von er HVA ...

RA Vogel auch MA HVA FÜOffz Oberst Wolpert" (gemeint ist Volpert; Anm. d. Verf.). (MAT A 23, S. 6)

"Motivationslage leitender MfS-Offiziere zur Zusammenarbeit mit dem BND"

Der BND notierte als Befragungsergebnis vom 22.03.90:

"Qu hält es nicht für ausgeschlossen, daß MfS-Offiziere sich nach dem Zusammenbruch in der DDR im Rahmen des Kooperationsdenkens zu einer Zusammenarbeit mit dem BND bereit zeigen. Schwierigkeiten dürften hier lediglich ältere Offiziere mit tiefem Glauben an die sozialistische Gesellschaftsordnung bereiten und mit denen das KGB zwischenzeitlich entsprechende Absprachen zur 'Schläferfunktion' getroffen hat. Bei jungen Leuten, vor allem Mitgliedern der mittleren Leitungsebene, hält Qu eine Motivation für eher gegeben, zumal gerade diese Leute derzeit von nackter Existenzangst beherrscht seien, ebenso bei Kadern des MdI (hier vor allem der Zollorgane) und der NVA im Rahmen internationaler Problemkreise. In diesem Zusammenhang nannte Qu folgende Personen, die sie für 'ansprechbar' hält:

- Joachim Lauck, Minister f. Maschinenbau;
- Kurt Senkhuber, Minister f. Metallurgie;
- Günter Rettner, Spezialist f. Fragen der SPD." (MAT A 23, S. 132)

Technologietransfer durch KOKO

Der BND vermerkte am 12.02.90 über Schalcks Aussagen zum Embargohandel u.a.:

"Für das MfS wurde 1989 für ca. 10 Mio DM westliche Technologie, vorwiegend Meßelektronik der Firmen TEKTRONIX, HEWLETT PACKARD, ROHDE & SCHWARZ, über KOKO finanziert ... Die Beschaffung wurde vom MfS in Zusammenarbeit mit KOKO-Firmen organisiert."

Der BND merkte zu dieser Mitteilung an:

"Diese Beschaffung war bekannt. Sie erfolgte über die Schweiz ..."
(MAT A 23, S. 30)

Schalck benannte dem BND die DDR-Firmen, die Embargohandel betrieben. Der BND merkte an:
"Die Firmen waren alle bekannt, jedoch nicht ihr genaues Unterstellungsverhältnis und die Beteiligung des MfS." (MAT A 23, S.30)

Schalck hatte außerdem dem BND mitgeteilt, daß vor allem Technologie und Anlagen der Firmen

- SIEMENS, München, Berlin,
- LEYBOLD HERAEUS, Hanau,
- PHILIPS, Hamburg,
- IBM, Berlin/Hamburg

"in bedeutendem Umfang beschafft" worden war.

Der BND merkte an:

"Die Zusammenarbeit mit SIEMENS wurde vermutet, die Bestätigung fehlte bisher." (MAT A 23, S. 33-34)

Zur Parteienfinanzierung

Vom Treff mit Schneewittchen am 23.02.90 notierte der BND:

"Die DDR hat 96 Mio DM/Jahr zur Finanzierung westl. KPen ausgegeben, davon flossen 60 Mio, teilweise über illegale Kuriere der Abt. Verkehr des ZK (AL Steidel), an die DKP. 45 Mio DM hat die SED dafür aus dem Staatshaushalt abgezweigt." (MAT A 23, S. 67)

"Die Prominenten Siedlung Wandlitz"

Als "Befragungsergebnisse von 'Schneewittchen'" wurde im BND am 26.02.90 u.a. notiert:

"Die Ehefrau von 'S' war seit ihrer Hochzeit mit 'S' im Range eines Oberst, wozu sie rückwirkend ernannt wurde, für die operative Versorgung der 'Prominentensiedlung' Wandlitz verantwortlich. Hierzu standen ihr ständig DM 100.000 West zu: Verfügung, welche durch den StV KOKO Manfred Seidel aufgebracht werden mußten.

Ihr unterstanden neben ihren eigenen Leuten, darunter drei Kurierkommandos, Stärke 5-8 Mann, auch sämtliche Angestellte und Arbeiter der Siedlung Wandlitz (2500-3000)." (MAT A 23, S. 76)

Schalck berichtete über aktuelle HVA-Interna

Auffällig ist, daß Schalck auch noch im Frühjahr 1990 über aktuelle geheime HVA Informationen verfügte. Der BND notierte nach dem ersten Treff mit Schalck-Goldkowsky am 22.01.90:

"HVA wird mit ihren ca. 3.500 MA unvermindert weiterarbeiten, aber starke Dezentralisierung insbesondere in Firmen...

In der Inspektion des Ministerrates von Min. Modrow, die ca. 400 Mann umfaßt, sind eine erhebliche Anzahl von hochrangigen Ma der HVA untergebracht.

HVA-Angehörige bei AH-Firmen arbeiten unvermindert weiter, werden eher verstärkt, Beispiel: Zeiss-Jena in London" (MAT A 23, S. 7)

Am 12.02.90 schrieb Sigrid Schalck-Golodkowsky an "Herr Dr. Reiß ... anbei Informationen zu Ihrer Verwendung, aber bitte mit größter Diskretion" und berichtete:

"Die Hauptverwaltung Aufklärung arbeitet weiter... Die Führungskader der HVA treffen sich täglich in inoffiziellen Objekten wie z.B. Schulungsobjekt Stolzenhagen, einem Objekt in Grünau und in einem als Privathaus getarnten Objekt in der Buschallee, Berlin-Hohenschönhausen." (MAT A 23, S. 51)

Am 26.02.90 notierte der BND folgende Befragungsergebnisse von "Schneewittchen":

"Der Bereich Kommerzielle Koordinierung ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit großen Teilen von der HVA übernommen worden. Dieses Bestreben bestand bereits seit 3 Jahren ...

Die HVA dürfte sich von ursprünglich 3500 Mann auf ca. 4000 verstärkt haben. Die Angehörigen der HVA dürften in verstärktem Maße in Firmen bzw. Joint Venture der DDR im Ausland untertauchen." (MAT A 23, S. 75)

Als Befragungsergebnis vom 22.03.90 wurde u.a. notiert:

"Zwischenfinanzierung von HVA-Agenten über den Bereich KOKO: Die Finanzierung von HVA-Agenten über den Bereich KOKO hält Qu nicht für ausgeschlossen, kann dies jedoch nicht durch konkrete Anhaltspunkte nachweisen. Eine Tatsache sei nach Aussage der Qu, daß Firmen wie z.B. die Fa GERLACH, die kadermäßig der HVA, geschäftlich jedoch dem Bereich KOKO unterstand, gehalten waren, bestimmte Handelsvolumen für die Bedürfnisse der HVA abzuführen." (MAT A 23, S. 131)

Am 03.05.90 notierte der BND:

"Die Abteilung 8 - Technik - der HVA wurde aufgelöst. Das Objekt dieser Abteilung aber seit einiger Zeit als Dienst und ??? der HVA-Führung und ausgewählter HVA-Kader. Insbesondere Großmann Schütt sind täglich in diesem Objekt. Lage des Objektes: Berlin/Hohenschönhausen, Ecke Rödernstraße/Orankestraße.

Für die Restteile der HVA sind die finanziellen Mittel bis Anfang 1991 noch von der Regierung Modrow genehmigt worden.

Diese HVA-Mitarbeiter haben Dienstaussweise, welche sie als Angehörige des Komitees zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit ausweisen." (MAT A 23, S. 147, 148)

Schalcks Einschätzung zur DDR Entwicklung

Am 29.03.1990 notierte ein BND-Mitarbeiter Schönbeck die Ergebnisse von Befragungen Schalcks am 08.03.90 und 28.03.90 und teilte anderen BND-Abteilungen und dem Präsidenten mit, daß "während der Gespräche Erkenntnisse, Bewertungen/Meinungen etc." anfielen, "die für die Beurteilung der aktuellen innenpolitischen Situation in der DDR von Bedeutung sind".

"- GP (Gesprächspartner, Anm. d. Verf.) sieht die derzeitige Tätigkeit der Bürgerkomitees und der Runden Tische (Verdächtigungen wegen Kontakten zum MfS) als die Gefährdung der Demokratie. Ihre Tätigkeit müsse schleunigst einem rechtsstaatlichen Handeln weichen...

- GP begrüßt den Vorschlag von BK Kohl und BM Schäuble zu einer Amnestie für die Masse der MfS-Mitarbeiter, soweit diese keine Verbrechen begangen haben. Wenn dieser Personenkreis nicht mehr ausgegrenzt werde, könne dies sehr positive Auswirkungen auf die innere Situation der DDR haben. Er rechnet allerdings damit, daß die basisdemokratischen Gruppen (Bündnis 90) diesen Vorschlag ablehnen." (MAT A 23, S. 123)

Nebenbei teilte Schalck dem BND bei dem Treff auch rasch noch eine Information aus dem Privatleben von Bärbel Bohley mit.

Und der BND meldete am 25.04.90 ans Kanzleramt, ans Auswärtige Amt und ans Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen:

"Die Bürgerbewegungen streben eine Nivellierung der Gesellschaft an. Sie verfolgen den "dritten Weg", den demokratischen Sozialismus, wie ihn etwa Bahro vorgezeichnet hat. Sie stehen einem Neubeginn im Wege. Zentrale Frage wird sein: Kann die Arbeit der Bürgerkomitees unterbunden werden?" (MAT A 22, Anlage 2, S. 50)

Am selben Tag, am 25.04.90, geht noch eine Meldung vom BND ans Bundeskanzleramt:

"Der Vorschlag von Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Schäuble zu einer Amnestie für die Mehrzahl der MfS-Mitarbeiter, sofern diese keine Verbrechen begangen haben, wurde von Schalck begrüßt: Wenn dieser Personenkreis nicht mehr ausgegrenzt werde, könne dies sehr positive Auswirkungen auf die innere Situation der DDR haben. Schalck geht jedoch davon aus, daß die basisdemokratischen Gruppen (Bündnis 90) diesen Vorschlag ablehnen werden." (MAT A 22, Anlage 2, S. 40)

BND: Schalcks Auskünfte "alles in allem wertvoll"

"Es hat viele Ergänzungen gegeben und Konkretisierungen dessen, was der BND wußte. Diese Auskünfte und Erkenntnisse sind von den zuständigen Fachleuten als alles in allem wertvoll betrachtet worden." (Prot. 8/ S. 40)

Die BND-Akten

Die BND-Akten zu Schalck waren an den Ausschuß als "Geheim" eingestuft übergeben worden. Im Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 06.08.91 wird der Präsident des BND dazu zitiert:

"Bei Beginn der Befragung wurde Herrn Dr. Schalck-Goldkowsky, wie jeder nachrichtendienstlichen Verbindung, Vertraulichkeit über die Tatsache seiner Befragung durch den Bundesnachrichtendienst und eine nachrichtendienstlichen Grundsätzen entsprechende Handhabung der Befragungsergebnisse zugesagt.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Herr Dr. Schalck-Golodkowski die Beratungen im Ausschuß als Bruch dieser Zusage empfindet und zum Anlaß nimmt, rechtliche Schritte gegen den Dienst einzuleiten, um u.a. Regressforderungen, z.B. wegen Beeinträchtigung seiner zukünftigen Geschäftsbeziehungen zur Sowjetunion, einzuklagen." (MAT A 16, S. 5-6)

In Folge von Veröffentlichungen wurden einige wenige Entstufungen vorgenommen.

Da aber der überwiegende Teil dieser Unterlagen weiter geheim eingestuft blieb, beantragte Bündnis 90/Die Grünen am 25.06.92 die Herabstufung der BND-Niederschriften über die Befragung von Schalck-Golodkowski auf offen (Adrs. Nr. 215). Der Ausschuß beschloß diesen Antrag einstimmig am 09.09.92 (Bb 12-6).

Auf diesen Ausschußbeschuß antwortete Staatsminister Schmidbauer am 06.11.92:

"Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes hat mir nach sorgfältiger Prüfung dargelegt, warum er diesem Beschluß nicht Folge leisten kann:

Die Entscheidung über eine Herabstufung ist für den Bundesnachrichtendienst von grundsätzlicher Bedeutung und muß unabhängig vom Befragten - Dr. Schalck-Golodkowski - gesehen werden.

Der Befragung eines Informanten geht ein oft mühsamer Prozeß der Vertrauensbildung voraus. Die Befragung selbst kann nur auf der Grundlage absoluter Vertraulichkeit durchgeführt werden. Niederschriften sind ebenso vertraulich zu behandeln.

Die geforderte Herabstufung und die dadurch zu erwartenden Veröffentlichungen der gesamten Niederschriften würden künftig die Glaubwürdigkeit von Zusagen des Bundesnachrichtendienstes gegenüber potentiellen Informanten, daß er die Vertraulichkeit ihrer Aussagen wahren werde, erschüttern und damit die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes erheblich beeinträchtigen.

Die bisher erfolgten Herabstufungen von Teilen der Befragungsniederschriften stellen eine Ausnahme dar, um dem Untersuchungsausschuß den Umgang mit den für den Untersuchungsauftrag besonders wichtigen Befragungsniederschriften zu erleichtern.

Ich teile diese Beurteilung uneingeschränkt und bitte daher um Verständnis, daß ich dem Wunsch des 1. Untersuchungsausschusses nicht entsprechen kann." (Schreiben von Staatssekretär Schmidbauer an den Untersuchungsausschuß vom 06.11.92, ohne MAT-Nr.)

Daraufhin beantragte Bündnis 90/Die Grünen am 23.11.92 (ADrs. 300), der Ausschuß möge beim Bundesverfassungsgericht eine Organklage mit dem Ziel der Herabstufung der BND-Niederschriften über die Befragung von Schalck-Golodkowski einreichen. Der Ausschuß lehnte in seiner 104. (nichtöffentlichen) Sitzung diesen Antrag ab.

III.9 Karl-Heinz SCHLURMANN

* 30.12.30

war von 1974 bis 1980/81 Geschäftsführer der SED-Partefirma Chemoplast. Dann wurde er abgelöst. Im diesbezüglichen Aufhebungsvertrag war eine "Ablösesumme" in Höhe von 400.000 DM vereinbart worden. (MAT A 148, BKK 1823, S. 63)

Schlurmann wurde durch die MfS-Hauptabteilung II/19 (Spionageabwehr, "Sicherung der internationalen Beziehungen der SED) in der OPK "Sänger" bearbeitet.

Die AG BKK hielt fest:

"Im Mai 1984 wurde der Schlurmann, Karl-Heinz, ehemaliger Geschäftsführer der Fa. Chemoplast, Berlin (West), im Rahmen erfolgter Werbeoperationen des BND gegen den DDR-Außlandskader Nitsche, Gerhard, tätig gewesen in der DDR-Botschaft in den USA und den IMB 'Peter Reimann' (AG BKK) als Zuführer bzw. Agent des BND entlarvt." (MAT A 148, BKK 852, Anlage 31, S. 76)

III.10 Horst SCHUSTER

* 07.10.32

war von April 1973 bis Oktober 1980 Hauptgeschäftsführer, Direktor bzw. Generaldirektor der Kunst- und Antiquitäten GmbH, ab 1981 war er Mitarbeiter der BERAG.

Schuster war außerdem für das MfS als IM "Sohle" und für die CIA unter dem Decknamen "Pfaff" tätig. Beim BND wurde er unter dem Decknamen "Odysseus" geführt.

Schuster wurde am 19.03.92 vom Ausschuß vernommen.

Zu Schuster liegen dem Untersuchungsausschuß umfangreiche MfS-Akten vor.

Die Beziehung der BND-Unterlagen zu Schuster wurde von Bündnis 90/Die Grünen beantragt und vom Ausschuß beschlossen (BB 12-242). Der BND lehnte die Übersendung der Akten aus "Quellenschutzgründen" ab.

Diese Akten wurden jedoch ein Jahr nach dem Beweisbeschluß des Untersuchungsausschusses, am 30.11.93, allerdings nur versehentlich - gemeinsam mit anderen Unterlagen betreffend das Ermittlungsverfahren gegen Schalck-Golodkowski und andere wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit im Zusammenhang mit Embargoverstößen - vom GBA als "VS-Vertraulich" dem Ausschuß übersandt.

Bereits als Delegat des Ministeriums für Außenhandel der Handelsvertretung in Beirut von 1960 bis 1963 hatte Schuster Kontakt zum MfS.

Auf der Grundlage einer vom HVA-Leiter Markus Wolf bestätigten Vorlage wurde Schuster im April 1963 von der HVA/III kontaktiert und als IM "Sohle" angeworben. Sein Führungsoffizier war Leutnant Hofmann von der HVA/III/6. Schuster erhielt damals folgenden operativen Auftrag:

"- maximale Kenntnisse über die Nah- und Fernziele des westdeutschen, englischen und amerikanischen Geheimdienstes im Libanon in bezug auf die DDR zu erlangen,
- Kenntnis über die Verbindungen des libanesischen Geheimdienstes in der DDR zu erlangen,
- Methoden der Anwerbung von DDR-Bürgern durch den westdeutschen Geheimdienst und Zusammenhänge der Aufnahme von republikflüchtigen Personen in der BRD zu erlangen." (MAT A 148/9, Bd. 2, S. 3)

Zur Erfüllung dieses Auftrages sollte sich Schuster vom "westdeutschen Geheimdienst" anwerben lassen. Schuster ließ für sich selbst eine "Schleusung" vorbereiten und wurde von der HVA aus dem Libanon abgezogen, als das MfS die nötigen "operativen Kenntnisse" erlangt hatte.

Nach dem Rückzug aus dem Libanon wurde Schuster Kontordirektor des AHB Elektrotechnik und Heimelektrik.

Im Juli 1965 wurde der IM "Sohle" an die HA XVIII/7 übergeben und dort durch den Referatsleiter Major Helmut Hillebrand sowie durch den späteren OibE Dieter Stets geführt.

Im April 1965 wurde Schuster während einer Dienstreise in Paris von der CIA kontaktiert. Im Auftrag des MfS setzte Schuster diesen Kontakt fort und ließ sich von der CIA unter dem

Decknamen "Pfaff" anwerben. Im Juni 1965 wurde Schuster im Libanon von der CIA einem Lügendetektor-Test unterzogen. Bei einem Treff am 24.01.1966 nannte Schuster der CIA den Außenhandelsmitarbeiter Dieter Uhlig als eine Person, die für eine Anwerbung durch den Geheimdienst in Frage kommen könnte.

Im Juli 1966 wurde Hermann Hüttenrauch wegen Spionage für den CIA in der DDR inhaftiert. Die HA IX des MfS entschied, Schuster im Prozeß gegen Hüttenrauch als Zeugen der Anklage auftreten zu lassen. In diesem Prozeß wurde Hüttenrauch wegen Spionage zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ab 1967 wurde Schuster als IMS, später als IMB "Sohle" weiter eingesetzt. Er war bis zum April 1973 Hauptgeschäftsführer der Vertretergesellschaft Interver. Schusters Aufgabe bei der Firma Interver bestand u.a. in der Unterstützung spezieller Bezugslinien zum Import von EDV-Anlagen für das MfS. So besorgte er im Mai 1969 zwei Rechner der Firma Siemens für das MfS-Zentralinstitut für Dokumentation.

Im Februar 1973 erhielt Schuster den Auftrag zur Bildung der Kunst und Antiquitäten GmbH (KuA) und arbeitete bis 1980 als Direktor bzw. Generaldirektor in dieser KoKo-Firma.

Bei der Einstellung des KuA-Personals handelte Schuster auf Weisung des MfS. Außerdem berichtete Schuster dem MfS regelmäßig über die Geschäftspartner der KuA im Westen.

Nach seiner Ablösung bei KuA im Oktober 1980 wurde Schuster bei der staatlichen Vertretergesellschaft BERAG eingesetzt. Gleichzeitig endete seine operative Verbindung mit dem MfS. Die Akten des IM "Sohle" wurden in der HA XII des MfS abgelegt. Das MfS hielt danach offizielle Verbindung zu Schuster über den Offizier für Sicherheitsfragen im Bereich KoKo, Karl Meier.

1982 nahm Schuster über seine spätere Ehefrau, Anka von Witzleben, Kontakt zum BND auf, weil er mit dessen Hilfe die DDR verlassen wollte. Im April 1983 floh Schuster mit Hilfe des BND über Ungarn in die Bundesrepublik Deutschland.

Das MfS analysierte den möglichen Schaden für den Bereich KoKo, falls Schuster beim BND aussagen sollte. Zusammenfassend heißt es in einem Vermerk der HA XVIII vom 13.08.1983:

"Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit im Außenhandel verfügt Schuster über umfangreiche personelle und sachliche Zusammenhänge dieses Bereiches der Volkswirtschaft.

Sein 15jähriger Einsatz in Betrieben des Bereiches Kommerzielle Koordinierung hat ihm umfangreiche Einsichten in die Ziel- und Aufgabenstellung und interne Vorgänge dieses Bereiches vermittelt. Dazu zählen Kenntnisse über

- das Zusammenwirken leitender Kader des Bereiches Kommerzielle Koordinierung mit dem MfS (personell und sachlich)
- die Zuordnung spezieller Firmen zu Aufgabenstellungen der Partei und des MfS
- die Vermögensverhältnisse und Beteiligungen an Auslandsfirmen
- die Förderung spezieller NSW-Firmen im kommerziellen Interesse
- spezielle Bezugslinien von unter die Embargobestimmungen fallenden Anlagen." (MAT A 148/9, Bd. 2, S. 8)

Unterlagen des BfV belegen, daß der GBA ein Ermittlungsverfahren gegen Anka von Witzleben wegen des Verdachtes der geheimdienstlichen Agententätigkeit führte.

Das BKA übersandte am 05.12.84 Akten betreffend dieses Ermittlungsverfahren an das BfV, welches die Akten in Ablichtung am 18.01.85 zur Kenntnisnahme und zum Verbleib an das Bayrische LfV schickte.

Am 11.03.85 berichtete das Bayrische LfV dem BfV betreffend Anka von Witzleben und Horst Schuster von Witzleben:

"Aufgrund einer Erkenntnisanfrage hat der BND mitgeteilt, mit den Genannten in Kontakt zu stehen. Gleichzeitig bat der Dienst um Erkenntnisaustausch. Dabei wurde bekannt, daß der BND mit den

Eheleuten Witzleben seit Jahren in Verbindung steht und sie schließlich aus der DDR ausgeschleust hat." (MAT A 232, Akte Schuster von Witzleben, S.7)

"Wegen des beim GBA gegen Frau Anka von Witzleben anhängige Ermittlungsverfahrens Az 7 BJs 130/84, hat der BND im Einvernehmen mit der hies. Dienststelle am 21.02.85 mit dem zuständigen Bundesanwalt Wache ein Gespräch geführt. Wache hat dabei mitgeteilt, daß er das E-Verfahren gegen Frau Anka von Witzleben einstellen wird." (MAT A 232, Akte Schuster von Witzleben, S.7)

"Weiter wurde vom BND sichergestellt, daß mögliche zukünftige Anzeigen gegen das Ehepaar von Witzleben dem Dienst auf dem Dienstweg vorab mitgeteilt werden." (MAT A 232, Akte Schuster von Witzleben, S.8)

"Die beim BLfV i.S. von Witzleben angefallenen Unterlagen werden vernichtet." (MAT A 232, Akte Schuster von Witzleben, S.8)

Im April 1985 schickte BfV die Akten an den GBA zurück.

Schuster berichtete dem BND, wie vom MfS befürchtet, umfassend über den Bereich KoKo. Er informierte den BND über:

- seine Tätigkeit bei KuA
- die Verknüpfung von KoKo mit dem MfS, der HVA und dem MILND
- die Zentrale des Bereiches KoKo
- einzelne KoKo-Firmen (Sitz, Mitarbeiter, Geschäftspartner, Gewinn, Konten),
- den Waffen- und Embargohandel,
- den Müllhandel,
- die Parteifirmen.

Außerdem lieferte Schuster dem BND Beschreibungen von über 200 Personen, darunter IM der Abwehr und der Aufklärung in der DDR und der Bundesrepublik.

Schuster berichtete dem BND über den Bereich KoKo:

"Der Bereich KOMMERZIELLE KOORDINIERUNG hat sich im Laufe der letzten 15 Jahre eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung insbesondere bei der Devisenerwirtschaftung im NSW erarbeitet. Daraus erklären sich sowohl die auch heutige politische und wirtschaftspolitische Stellung des Bereiches KOKO wie auch die persönliche Position des StS SCHALCK. Die Valutaeinnahmen des Bereiches, die der Volkswirtschaft wieder zugeführt werden, sind auf 3 bis 5 Milliarden DM jährlich zu veranschlagen. Der Hauptanteil dieser Erlöse wird durch außerplanmäßige Exporte der Außenhandelsbetriebe durch INTRAC und ZENTRALKOMMERZ sowie einige kleinere Firmen realisiert.

Aus den Provisionseinnahmen, allein vom TRANSINTER-Verband, werden über 100 Mio. DM jährlich erwirtschaftet, während dessen durch INTERSHOP, GENEX und VERSINA einen Reingewinn von ca. 1 Mrd. DM p.a. erzielt wird...

Der Bereich KOMMERZIELLE KOORDINIERUNG wird von der Regierung der DDR auch für die Realisierung sämtlicher kommerzieller Vereinbarungen zwischen den Regierungen der BR DEUTSCHLAND und der DDR eingesetzt... In diesen Rahmen gehört auch die kommerzielle Regelung aller von den Kirchen der BR DEUTSCHLAND finanzierten Bauten und Investitionen im kirchlich-sozialen Bereich. Der Bereich KOMMERZIELLE KOORDINIERUNG wird weiterhin auch für die Beschaffung von kurzfristig auftretenden Bedürfnissen innerhalb der Volkswirtschaft und für die Versorgung der Bevölkerung eingesetzt." (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA 220683 07, o.P.)

Abwehr und Aufklärung des MfS teilen KoKo untereinander auf

Nach Aussagen von Horst Schuster gegenüber dem BND gab es eine genaue Aufteilung der Einflußbereiche des MfS innerhalb KoKo:

"Die Leitung des BEREICHS KOMMERZIELLE KOORDINIERUNG legt sehr großen Wert darauf, daß die direkten Beziehungen des MINISTERIUMS FÜR STAATSSICHERHEIT zu ihren Betrieben und Einzelgesellschaften streng nach den einzelnen Hauptverwaltungen des

MINISTERIUMS FÜR STAATSSICHERHEIT geteilt werden, d.h., daß z.B. die leitenden Mitarbeiter in den Betrieben TRANSINTER, INTRAC, KUNST und ANTIQUITÄTEN, BIEG, FORUM, ZENTRAKKOMMERZ und BERAG, IM der Abwehr sind, während die Firmen ASIMEX, Dr. Günter FORGBER und CAMET direkte Beziehungen zur HAUPTVERWALTUNG AUFKLÄRUNG des MfS unterhalten, jeweils in Personaleinheit mit den lfd. Mitarbeitern dieser Betriebe. Die Firma FC GERLACH ist in dieser Hinsicht dagegen ausschließlich auf die Interessen des militärischen Nachrichtendienstes des MINISTERIUMS FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG orientiert." (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA 220683 02, o.P.)

Direktkontakt von Schalck und Seidel zu Minister Mielke

Die enge Verflechtung des Bereiches KoKo mit dem MfS faßte Schuster wie folgt zusammen:
"Die wichtigste Beziehung die der Bereich KOMMERZIELLE KOORDINIERUNG ist die zum MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT.

SCHALCK bzw. SEIDEL stehen im Direktkontakt zum Minister für Staatssicherheit MIELKE aber auch zu dessen Stellvertretern und den Hauptverwaltungen für Abwehr und Aufklärung. Man kann davon ausgehen, daß alle im Bereich KOMMERZIELLE KOORDINIERUNG direkt oder indirekt tätigen leitenden Wirtschaftsfunktionäre bis zur Wachmannschaft des Gebäudes in der WALLSTRASSE und den Kraftfahrern im Bereich, selbst, inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MINISTERIUMS FÜR STAATSSICHERHEIT sind und über ihre jeweiligen Führungsoffiziere einzeln angeleitet werden." (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA 220683 06, o.P.)

Der Sicherheitschef von KoKo, Karl Meier, führt IMs im Westen

Schuster teilte dem BND mit:

"MEIER bemüht sich, neben seinen Abwehraufgaben auch offensiv - bezüglich des langfristigen Aufbaus von WEST-Bürgern als IM, wie z.B. gemischte Gesellschaften - tätig zu sein. (INGVAR-LINDAHL SCHWEDEN, Walter GERHARD-SCHULZ SCHWEDEN, Horst HENKEL WEST-BERLIN, Lothar SCHULZ AEG WEST-BERLIN und andere mehr...)." (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA 150683 08, o.P.)

Finanzierung des MfS durch den Bereich KoKo

"Der Bereich KOMMERZIELLE KOORDINIERUNG des MAH wird auch zur Finanzierung der operativen Arbeit des MINISTERIUMS FÜR STAATSSICHERHEIT herangezogen...

Die Finanzierung über einzelne Firmen bestand in erster Linie in der Führung von Konten für das MfS im Ausland durch die Firmen KUNST und ANTIQUITÄTEN für die HAUPTVERWALTUNG ABWEHR und der Firma ASIMEX für die HAUPTVERWALTUNG AUFKLÄRUNG.

Diese Finanzierungen betrafen z.B. bei der KUNST und ANTIQUITÄTEN in erster Linie Zahlungen für Fahrzeuge, Büroausstattungen und Büromaterialien, aber auch für zahlreiche Geschenke in Form von Konsumgütern, Importen auf dem Gebiet elektronischer und elektrischer Geräte im weitesten Sinne und beliefen sich über mehrere hunderttausend DM jährlich. Die von ASBECK (ASIMEX) durchgeführten Leistungen werden diese Summen überschritten haben und dürften in Millionenhöhe liegen.

Zur Finanzierung des MfS werden vom Bereich KOKO durch Manfred SEIDEL Konten im Ausland bei sog. befreundeten Firmen, wie der Firma BEFISA bzw. INTRAC LUGANO geführt." (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA 220683 05. o.P.)

Schuster berichtete dem BND über die Tätigkeit der KOKO-Firma "Kunst und Antiquitäten":

100%ige Enteignung von Kunstsammlern

Schuster berichtete über Otto Kräuse, Chef der Steuerfahndung beim Ministerium der Finanzen der DDR:

"Die Wertfestsetzung durch Gutachter wird von ihm dahingehend gesteuert, daß bei der Bemessung der Steuer und Hebesätze die 'Steuertäter' 100 %ig enteignet werden. Es wird hierbei vorsätzlich manipuliert und das Recht gebeugt, und das geht mit Vorgaben von KRAUSE. Er setzt fest, was

herauskommen muß an Wertschätzung durch den Gutachter, um unter dem Strich dann voll enteignen zu können." (MAT A 332, Bd. V/8, 12 BA 200783 10, o.P.)

Export beschlagnahmter Antiquitäten

Seit 1979 exportiere die Firma Kunst & Antiquitäten vom Zoll beschlagnahmte Gegenstände, um zusätzliche Devisen zu erwirtschaften. Der Verkauf erfolge an die Firma Peter Bruns, Hamburg. (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA 200483 09, o.P.)

Sonderaktionen der Steuerfahndung

Über sogenannte "Sonderaktionen" der Steuerfahndung und des MfS erfuhr der BND von Schuster die folgenden Einzelheiten:

Bei Einleitung eines Verfahrens z.B. wegen Steuerhinterziehung werde eine Sonderaktion im Wohnhaus des Beschuldigten durchgeführt, um eine Bestandsaufnahme der dort vorhandenen Vermögenswerte zu machen. An einer solchen Sonderaktion nehme als Leiter ein MfS-Offizier teil, sowie Mitarbeiter der zuständigen Kriminalpolizei, Polizisten, Mitarbeiter des Ministeriums für Finanzen (Abteilung Steuer), Gutachter der Kunst- und Antiquitäten GmbH, Vertreter der Staatsanwaltschaft und Angehörige des Beschuldigten als Zeugen.

Inbesondere Kunstgegenstände und Antiquitäten würden aufgelistet und geschätzt. Die Steuerexperten würden hierbei versuchen, die Kunstsachverständigen zu einer möglichst hohen Schätzung zu bewegen. (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA 130483 13, o.P.)

Verbindungen der KuA GmbH zum Militärischen Nachrichtendienst der DDR

Der Leiter der KuA GmbH, Jochen Farken, der laut Schuster inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr des MfS sei, liefere seit Mitte der 70er Jahre bis zu zweimal im Jahr eine Zusammenstellung von leicht verkäuflichen Antiquitäten an den Militärischen Nachrichtendienst der DDR. Diese Antiquitäten, z.B. Standuhren, würden in die Bundesrepublik geliefert und würden z.B. als Entgelt für Agenten verwendet. (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA 200483 08, o.P.)

Beteiligung der KuA GmbH an österreichischer Firma

Schuster berichtete dem BND, daß die KuA GmbH Gesellschafterin der Fa. Tetren in Wien sei und einen Geschäftsführer dieser Firma stelle. Die zweite Geschäftsführerin sei Inge Tempel. Tetren würde von Ottokar Hermann gelenkt, löse operative nachrichtendienstliche Aufgaben für das MfS und erwirtschafte Gelder für das MfS. (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA, o.P.)

illegaler Münzhandel der DDR zur Finanzierung des MfS

Manfred Seidel habe die Mitarbeiter Dieter Kühl und Adolf Mader für den nach DDR-Gesetzen illegalen Export von historischen Münzen eingesetzt. Mader kaufe privat umfangreiche Münzsammlungen auf. Dafür sei sein PKW extra mit einem Panzerschrank im Kofferraum ausgestattet. Mader verkaufe diese Münzen entweder auf Auktionen in Westberlin und der Bundesrepublik und rechne die Beträge bei Manfred Seidel ab oder die Münzen würden in den Tresorräumen der KoKo in der Wallstraße eingelagert, um Wertsteigerungen zu erzielen. (MAT A 332, Bd. V/7, 12 BA 230683 04, o.P.)

Schuster berichtete dem BND u.c. über folgende Firmen:

- Asimex,
- Berag,
- Bieg,
- Camet,
- Delta,
- FC Gerlach,
- Forgber,

- Impag,
- Intema,
- Intertechna,
- Intrac,
- Intrac S.A.,
- Interport,
- Novum,
- Robotron,
- Transinter

Schuster bezeichnete gegenüber dem BND zahlreiche im Bereich KoKo tätige Personen und westliche Geschäftspartner als IM des MfS bzw. der HVA

darunter u.a.:

- Hajek, Joseph - IM (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 040783 09, o.P.)
- Hardt, IM der HVA (MAT A 332, Bd. V/8, 12BA 200783 20, o.P.)
- Hermann, Ottokar - IM der HVA (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 080783 19, o.P.)
- Hermann, "Junior" - IM der HVA (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 130783 04, o.P.)
- Kath, Siegfried - IM des MfS (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 080783 09, o.P.)
- Meier, Peter - IM der HVA (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 040783 08, o.P.)
- Müller, Jürgen - IM des MfS (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 130783 05, o.P.)
- Noetzel, Hans - IM der HVA (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 130783 06, o.P.)
- Österreich, Lothar - IM der HVA über Manfred Seidel (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 040783 10, o.P.)
- Plon, Jan - IM, (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 080783 11, o.P.)
- Scheele, Werner - IM der HVA (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 040783 07, o.P.)
- Steindling, Josefine - IM der HVA, (MAT A 332, Bd. V/7, 12BA 040783 03, o.P.)
- Wasmoeth, Henry - IM der HVA und des Mil-ND (MAT A 332, Bd. V/8, 12BA 250683 02, o.P.)

Der BND-Mitarbeiter Bernhard Zeeb, der sowohl Asbeck als auch Schuster befragt hatte, erklärte bei seiner Vernehmung im Ermittlungsverfahren gegen Schalck und andere wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit beim GBA am 01. und 02.10.92:

"..., seine (Schusters, d. Verf.) Auskünfte ergänzten sich aber mit Asbecks Angaben, teils waren sie deckungsgleich, Widersprüche ergaben sich nicht." (MAT A 332, Bd III/7 (Zeeb), S.3 der Vernehmung)

Schuster teilte am 14. Mai 1992 in einer schriftlichen Ergänzung zu seiner Zeugenaussage dem Untersuchungsausschuß mit:

"Meine Zusammenarbeit mit dem BND besteht bis heute."

III.11 Eberhard SEIDEL

* 05.12.35

war stellvertretender Generaldirektor der INTRAC und für das MfS seit 1962 als IMF und später als IMB "Siegfried", Reg.-Nr.: XV/2424/62, tätig. Bis 1986 wurde er durch die XVIII/7 (Fritz Teichfischer), danach von der AG BKK (York Hartung) geführt.

Seidel berichtete dem MfS über westliche Geschäftspartner der INTRAC und dabei besonders umfangreich und über einen langen Zeitraum über Adolf Hilmer, der Geschäftsführer der Fa. Hanseatisches Baustoffkontor GmbH und damit Hauptvertragspartner der INTRAC für das Betreiben der Mülldeponie Schönberg war.

Adolf Hilmer wurde vom MfS/AG BKK in einem OM "Wanderer" aufgeklärt, "da er operativ-interessante Verbindungen zur bundesdeutschen Industrie und zur FDP-Führung unterhält und Verbindungen zu imperialistischen Geheimdiensten nicht ausgeschlossen werden können." (MAT A 148, BKK 2, S. 281)

Dem Untersuchungsausschuß liegen zahlreiche Berichte Seidels an seine Führungsoffiziere über Hilmer vor.

"Die Wahrheit mußte zurückstehen"

Im Rahmen des rechtlichen Gehörs hat Eberhard Seidel dem Untersuchungsausschuß eine Eidesstattliche Versicherung vom 04.02.93 übersandt, in welcher er angibt:

"Ich war gleichzeitig inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und hatte den Decknamen "Siegfried". Davon wußten meine westlichen Geschäftspartner natürlich nichts. Ich mußte nach jeder Reise und jedem Kontakt meinem Führungsoffizier Bericht erstatten. Das geschah folgendermaßen:

Ich führte mit meinem Führungsoffizier ein Gespräch; dieser machte sich Notizen, gelegentlich lief auch ein Band mit. Die aus den Gesprächen hervorgegangenen Berichte habe ich nicht zur Kenntnis erhalten.

Ich kann mich nicht davon freisprechen, daß ich meine Berichte aufgebauscht und Teile frei erfunden habe. Dies geschah insbesondere, um die eigene persönliche Bedeutung aufzuwerten und z.B. weitere Reisen in den Westen zu rechtfertigen. Die Wahrheit mußte zurückstehen, wenn durch meine Berichterstattung die eigene Bedeutung erhöht werden konnte, was insbesondere dann der Fall war, wenn ich die Berichtsperson und ihre Kontaktpersonen als besonders wichtig und einflußreich darstellte." (RG 42, Anhang S.1f)

Seidel berichtete über Hilmer

Über Gespräche mit Hilmer während der Leipziger Frühjahresmesse 1983 berichtete Seidel dem MfS:

"Entsprechend dem mir übergebenen Auftrag habe ich 2 Probleme weitergeführt:

Problem politische Betätigung des Herrn H. in der FDP. Wir hatten bereits mehrfach einen Gesprächsansatz darüber, daß es nicht schlecht wäre, wenn Herr H. in irgendeiner Weise sich kommunalpolitisch betätigen würde. Diese kommunalpolitische Betätigung würde unmittelbar für unser Geschäft von Vorteil sein, da dieses Abfallstoff-Geschäft erhebliche politische Dimension bekommen hat, wie alle Umweltfragen der BRD, und er sich schon seit langem in Interviews mit dem Problem der Abfallstoff-Transporte nach der DDR (Deponie Schönberg) auseinandersetzen hatte.

Außerdem hat Herr H. schon mehrfach seit mindestens 1 1/2 Jahren mir gegenüber die Befürchtung geäußert, daß es doch so sein könne, daß er jetzt das Geschäft für die DDR aufbaut und daß dann im Zuge der Bevorzugung der Konzerne dieses aufgebaute Geschäft weggenommen würde, wofür ich dann auch nichts könne, und es würde dann von einem anderen Konzern, z.B. von STINNES, übernommen, und das würde er natürlich nicht wollen.

Ich habe dann nochmals diesen Gedanken aufgegriffen, daß in dem Moment, wo er sich politisch betätigt und durch seine politische Betätigung auch echt Beiträge zum Geschäft bringt, ein solcher Wechsel nicht zu befürchten ist." (MAT A 148, BKK 846, S. 105)

In Unterlagen der AG BKK wird festgestellt, daß der IMB "Siegfried" seit 1978 engen persönlichen Kontakt zu Hilmer unterhielt und "dessen berufliche und politische Entwicklung maßgeblich mitbeeinflußt" habe. "Zur Unterstützung seiner Geschäftsinteressen trat der H. 1983 der FDP bei, was seiner liberalen Grundhaltung und seinen geschäftlichen Ambitionen am besten entsprach." (MAT A 148, BKK 2, S. 282)

Ziel der MfS-Informationssammlung zu Hilmer war dessen Werbung für die HVA II. 1987 erfolgte eine unter "Arbeitsgruppe Ministerrat" legendierte Kontaktaufnahme durch die HVA zu Hilmer.

"Weitere Treffs wurden durch die HVA II zu 'Informationsinteressen zur FDP-Politik' 1987 mit dem H. noch durchgeführt bis dieser Kontakt, insbesondere wegen des ablehnenden Auftretens des H., dann abgebrochen wurde." (MAT A 148, BKK 2, S. 284)

Seidel wurde jedoch weiter als Abschöpfungskontakt zu Hilmer durch die HVA und die AG BKK genutzt.

Bereits 1985 war ein Informationsaustausch über die Erkenntnisse zu Hilmer zwischen der HA XVIII/7 und der HA II/2 (Thümer) vereinbart worden, da diese ebenfalls eine Quelle mit Verbindung zu Hilmer führte. (MAT A 148, BKK 846, S. 113)

Der MfS-Einsatz von Seidel gegenüber Hilmer wurde von der HA XVIII bzw. der AG BKK ständig mit der HVA II koordiniert:

"Der IMB 'Siegfried' wurde im Aktionszeitraum als Kontrolllinie zur Werbeoperation 'Wanderer' der HVA II zum Einsatz gebracht" (MAT A 332, Bd. VI/4, S. 322)

Teilweise erfolgte auch eine direkte Anleitung und Auftragserteilung gegenüber Seidel durch die HVA II. So war z.B. beim Treffen am 23.09.87 mit Seidel und dem Leiter der AG BKK auch der stellvertretende Leiter der HVA II beteiligt:

"Das Ziel des Treffens bestand darin, durch den Einsatz des IMB Informationen über die gegenwärtige und zukünftige politische Entwicklung in Schleswig-Holstein zu erarbeiten. Der IMB wurde beauftragt, seinen engen und vertrauensvollen Kontakt zum BRD-Bürger Hilmer, Adolf zu nutzen, um Informationen zu den gegenwärtigen Vorgängen in Schleswig-Holstein, zu den in diese Vorgänge integrierten Politikern (Barschel, Zumpfort) sowie solche Aufklärungsergebnisse zu erarbeiten, die eine objektive Einschätzung der Lage und der möglichen Entwicklung gestatten." (MAT A 332, Bd. VI/4, S. 12f)

Die HVA interessierte sich u.a. für Hilmers Kontakte zu:

- Wolf-Dieter Zumpfort, bis 1987 Landesvorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein,
- Björn Engholm, damaliger Ministerpräsident in Schleswig-Holstein,
- Frank Darendorf, SPD-Mitglied der Hamburger Bürgerschaft,
- Peter-Uwe Conrad, damaliger Ministerialdirigent und Abteilungsleiter im Umweltministerium in Schleswig-Holstein
- Fritz Homann, damaliger Oberregierungsrat im Bundeswirtschaftsministerium
- Helmut Haussmann, damaliger Bundeswirtschaftsminister
- Hans-Dietrich Genscher, damaliger Bundesaußenminister

Am 23.12.83 berichtete Seidel seinem Führungsoffizier Teichfischer von einem Treffen mit Hilmer und Conrad am 17.11.83:

"... machte Dr. Conrad unter vier Augen zu mir folgende Bemerkung:

Es ist nicht verständlich, daß sich die DDR mit ihren Kreditwünschen ausgerechnet nach Bayern an Herrn Strauß wendet; auch die Umweltaktivitäten, die eindeutig mit Bayern zustande gekommen sind, sind nicht verständlich. Viel loyaler als Strauß und die Bayern seien nämlich die Norddeutschen, die selbstverständlich auch an guten Beziehungen interessiert seien. Man faßt es hier als eine bestimmte Brückierung auf, daß die Leute wie Barschel, Ministerpräsident Schleswig-Holstein, Albrecht, Stoltenberg und Donany keine Möglichkeit erhalten, etwas zu tun. Er könnte mir versichern, daß insbesondere B. interessiert wäre, auch etwas politisch zu tun, und B. würde sich besonders eng mit Albrecht koordinieren." (MAT A 148, BKK 846, S. 97)

Am 07.09.89 berichtete Seidel "über ein Gespräch mit Hilmer, Adolf am 06.09.89 in meinem Messequartier in Leipzig" (Tonbandabschrift):

"Im Zusammenhang mit seinen Verbindungen, die Hilmer zu den Behörden aufgenommen hat und bei der Schilderung auch seiner Kontaktpflege kam er auf seine Verbindungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium zu sprechen. Er braucht diese Verbindungen für die Bestätigung der Geschäfte mit uns. Er sagte er habe einen besonderen Draht zu Dr. Homann, der mal der Nachfolger von Dr. Rösch werden soll ... hätte Homann auch gesagt, daß in nächster Zeit in Parteifirmen zwei BND-Leute eingebaut werden." (MAT A 148, BKK 2, S. 252)

Noch 1989 notierte die AG BKK:

"Es wird vorgeschlagen, die Bearbeitung des Hilmer ... insbesondere durch den weiteren zielgerichteten Einsatz des IMB 'Siegfried' sowie auch des IMS 'Peter Wenzel' fortzusetzen. Schwerpunkt sollte in der Informationsgewinnung und -abschöpfung zu politischen und wirtschaftlichen Problemen und Prozessen der BRD liegen. Aufklärungsinformationen werden weiterhin der HV A II zur Verfügung gestellt." (MAT A 148, BKK 2, S. 293)

Seidel und CIA

Seidel hatte von 1966 bis 1986 im Auftrag des MfS Kontakt zur CIA und traf sich während seiner Auslandsdienstreisen mit seinen CIA-Verbindungsleuten in Hotels verschiedener westeuropäischer Städte. Dem Untersuchungsausschuß liegen Berichte von Seidel an seinen MfS-Führungsoffizier über die mit CIA-Mitarbeitern durchgeführten Treffen bis zum 22.11.89 vor.

Seidels CIA-Gesprächspartner waren "David Lyous", "Frates" alias "Riedmeyer", "Martin Graf", "Peter Rickert" "Manfred Winner" alias "Richard Becker", "Robert Brooks" (ab 1986).

"'Frates' erklärte mir, ich solle meine Zusammenarbeit mit ihm in dem Sinne begreifen, daß meine Informationen dazu dienen, die Balance in der Welt aufrechtzuerhalten und nur eine solche Balance garantiert den Frieden und nur im Frieden können wir ja gut leben." (MAT A 148, BKK 1700, S. 176)

Bei den Treffen von Seidel mit CIA-Mitarbeitern waren Interna aus der Innen- und Außenpolitik, der Partei- und Staatsführung und dem Ministerium für Außenhandel der DDR Gesprächsthemen. Insbesondere berichtete Seidel über seine beruflichen Erkenntnisse und Verhandlungen zum Müllhandel der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten.

Seidel berichtete dem CIA-Mitarbeiter "Frates" über die Deponie Schönberg:

"Wir sind nach ungefähr einer Stunde zu ihm auf das Zimmer gegangen. Er hat dort sein Fotokopiergerät aufgebaut und den Beschlußentwurf zum Thema Deponie Schönberg und 2 Briefe zum gleichen Thema fotografiert." (MAT A 148, BKK 1700, S. 177)

"Der IMB 'Siegfried' berichtete bereits 1978 dem CIA über die sich in Vorbereitung befindlichen Abfallstoffgeschäfte des damaligen AHB Bergbau/Handel, u.a. wurde auch ein Beschlußentwurf zur Errichtung der Deponie Schönberg dem CIA zur Kenntnis gegeben." (MAT A 148, BKK 2, S. 284)

Auch für Informationen über Firmen und Mitarbeiter des Bereiches KoKo interessierte sich die CIA. Von einem Treffen im Oktober 1978 mit dem CIA-Mitarbeiter "Frates" berichtete Seidel dem MfS: "Er wies mich darauf hin, daß das Thema Afrika und Schalck nach wie vor von äußerster Wichtigkeit ist, wenn auch in den Fragen es nicht erwähnt wurde und fragte mich von sich aus, ob ich von Kopmann schon etwas erfahren habe. Ich muß hinzufügen, daß ich in ein oder 2 Treffs den Namen Kopmann erwähnt habe, als eine Möglichkeit, etwas über die Aufgaben von ihm in Äthiopien zu erfahren. Hier habe ich gesagt, daß ich noch keine Gelegenheit hatte, mit ihm zu sprechen; Reaktion von 'Frates' Kopmann wäre für uns eine interessante Quelle." (MAT A 148, BKK 1078, S. 167)

Bei den Treffen plauderten - laut Aussagen von Seidel - die CIA-Mitarbeiter auch schon mal über Interna der amerikanischen Politik. Seidel berichtete im Dezember 1978 seinem Führungsoffizier Teichfischer über einen Treff mit "Frates":

"Er schimpfte auf Präsident Carter und sagte, Carter sei eine totale Nieme in der Außenpolitik und würde nicht mehr von der CIA unterstützt. Er sagte wörtlich CIA. Der Kandidat der CIA sei der jetzige Oberbefehlshaber in Europa, General Haigh. Es gibt auch schon Bemerkungen von Haigh, daß er sich in ungefähr zwei Jahren um das Präsidentenamt, das Vizepräsidentenamt oder um den Posten des Verteidigungsministers bewerben werde." (MAT A 148, BKK 1700, S. 175)

Erst nach Medienveröffentlichungen wurde Seidel, der noch lange nach der Wende als Geschäftsführer bei der Intrac beschäftigt war, von der Treuhand beurlaubt.

Am 02.04.90 wurde Seidel Gesellschafter bei der Mecklenburgischen Abfallwirtschafts-Gesellschaft mbH (MAG). (MAT A 5, Bd. 1464 BEWO, S. 9)

Die ZERV stellte in ihrem Bericht vom 27.01.1994 an den Untersuchungsausschuß zum Fortwirken alter Strukturen fest:

"Nicht zu vergessen sind die Handlungsabläufe bezüglich des Importes von Abfall aus der Bundesrepublik Deutschland in die vormalige DDR (Schönberg, Deponien in Brandenburg) und Ergänzungen in 1990 zum Erhalt der Gewinnstrukturen. Die Handelnden waren beidseitig vor und nach der 'Wende' identisch, so auf Seiten der DDR die gleiche KoKo-Strukturen. Weitere Ausführungen müssen der Staatsanwaltschaft vorbehalten bleiben." (ZERV-Bericht, 27.01.1994, S. 42)

Die Beziehung der BND-Akten zu Eberhard Seidel wurde von Bündnis 90/Die Grünen beantragt und vom Ausschuß beschlossen. (BB 12-242) Der BND lehnte die Übersendung der Akten aus "Quellenschutzgründen" ab.

Wegen des üblichen Informationsaustausches zwischen CIA und Geheimdiensten der Bundesrepublik Deutschland ist anzunehmen, daß die in der 23jährigen Zusammenarbeit zwischen Seidel und der CIA an den amerikanischen Geheimdienst gelieferten Informationen auch Diensten in der Bundesrepublik mitgeteilt wurden.

Die Vernehmung von Eberhard Seidel wurde von der SPD beantragt, vom Ausschuß am beschlossen (BB 12/247), aber nicht durchgeführt.

III.12 Claus WEIHRAUCH

* 27.06.45

war Mitarbeiter der Westberliner Partefirma Chemoplast.

Weihrauch wurde von der HA II/19 in einem OV "Beschaffer" bearbeitet. Am 02.06.87 wurde Weihrauch in Ostberlin festgenommen und am 19.02.88 wegen Spionage zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Weihrauch wurde am 19.12.89 aus der Haft nach Westberlin entlassen.

Die AG BKK stellte fest:

"Weihrauch arbeitete nach eigenen Aussagen von Juli 1984 bis November 1986 aktiv mit nachrichtendienstlichen Stellen der BRD (BND, BfV) zusammen ...

Der Schwerpunkt der Spionageinteressen der nachrichtendienstlichen Stellen der BRD gegenüber Weihrauch lag im wesentlichen in ...

- der Anfertigung und Übergabe von Kopien über ausgelöste Aufträge des Bereiches Kommerzielle Koordinierung sowie der Warenbegleitscheine oder Rechnungen bei realisierten Lieferungen

- der Charakterisierung der Kontaktpartner im Bereich Kommerzielle Koordinierung. Den Schwerpunkt bildeten die Leiter und Mitarbeiter der AG MAH, der AHB Intrac, forum und Transinter, die Fa. Simpex, die NSW-Reisekader der DDR, die kontinuierlich die Firma Chemoplast aufsuchen und die Kader, die im Auftrag der Leitung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung fast täglich Kurzreisen mit PKW nach Berlin (West) unternehmen

- der Anfertigung von Skizzen über die Lage der Arbeitszimmer und deren Verteilung bei ausgewählten Objekten des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, insbesondere bei der Fa. Simpex

- der Ermittlung von Geschenkübergaben der Fa. Chemoplast an DDR-Bürger. Dabei interessierte, wer erhält was, und der Wertumfang. Weihrauch erhielt den Auftrag, über diese Geschenke nach Möglichkeit eine Fotodokumentation anzufertigen

- der Aufklärung der Fa. Chemoplast. Von besonderem Interesse waren in diesem Zusammenhang Informationen über die Parteizugehörigkeit der Mitarbeiter zur DKP bzw. SEW, die finanzielle Unterstützung von Organisationen in der BRD bzw. Berlin (West), die mit der DDR eng verbunden sind, die Pläne zum Erwerb von Grundbesitz bzw. Gebäuden, Hinweise über illegale Geldtransporte von der Fa. Chemoplast in die DDR oder von der DDR zur Firma Chemolast
 - der Aufklärung der kommerziellen Partner des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, z.B. die Firmen Ihle, Wittenbecher, Nolte bzw. Noha, Intema, Plast-Elast-Chemie, Plambeck, Melcher, Hansa-Tourist, Mebama, Imog sowie deren Mitarbeiter." (MAT A 355, S. 21-24)

Dem Untersuchungsausschuß liegt die BfV-Akte zu Weihrauch vor. Allerdings ist auch diese Akte unvollständig. Mehrere Meldungen des Verfassungsschutzes aus den Jahren 1981, 1984 bis 1986 und 1989 wurden wegen "Quellenschutz" dem Untersuchungsausschuß nicht vorgelegt. In der Akte enthalten ist auch eine Meldung des BfV vom 16.04.86 mit einer Skizze des Büros der Firma Simpex Arbeitszimmer. Sie stammt vom V-Mann Nummer: 280 055. (MAT A 232, Akte Weihrauch, S. 25-29)

III.13 Helmuth WEISE

* 29.10.21

war Direktor und Stellvertreter des Generaldirektors im AHB Elektrotechnik-Elektronik Export/Import.

1973 nutzte Weise eine Dienstreise, um sich mit Hilfe eines Fluchtunternehmens in die Bundesrepublik abzusetzen.

Nach seiner Flucht aus der DDR wurde Weise einer ersten Befragung durch das BfV unterzogen. Danach sagte er beim BND aus.

Weise arbeitete mit dem MfS als IMS "Capitel" zusammen. (MAT A 148, BKK 188, S. 56) Das BfV stellte fest, daß Weise von 1954 bis 1973 Kontakte zum MfS, KGB und GRU hatte.

Die Beziehung der BND-Akten zu Weise wurde von Bündnis 90/Die Grünen beantragt und vom Ausschuß beschlossen (BB 12-308). Allerdings wurden diese Unterlagen dann nur dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zugänglich gemacht. Diese haben über den Akteninhalte den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses nicht berichtet.

Dem Untersuchungsausschuß standen lediglich einige zusammenfassende Berichte des BND über die Befragungen von Weise aus dem Zeitraum von 1973 - 1975 zur Verfügung. Diese Berichte waren damals an die Bundesregierung geleitet worden. (MAT A 16 (Weise), 9 Ausgangsberichte aus dem Zeitraum 1973-1975)

Zur Übersendung dieser "9 Ausgangsberichte aus dem Zeitraum 1973 - 75" teilte der BND dem Untersuchungsausschuß am 08.05.92 mit:

"Diese Berichte sind bei einer intensiven Nachforschung im April 1992 - ausgelöst durch einen Artikel in der FAZ vom 27.03.92 - gefunden worden. Aufgrund der anderen Archivierungsart dieser frühen Berichterstattung konnte die Suche im Sommer 1991 diese Unterlagen nicht erreichen." (MAT A 16, Anschreiben, S. 1, ebenda)

Dem Untersuchungsausschuß liegen außerdem einige wenige Unterlagen des BfV zu Weise vor. (MAT A 43, Anl. 16, Bd. 2/3, S.308-321)

Dies sind von "IRCD/Arbeitsgruppe F" an den Herrn Koordinator im Hause" am 29.10.73 übersandte "weitere 5 Berichte meines Dienstes über die Befragung Weise". (MAT A 43, Anl.16, Bd. 2/3, S. 308)

Darin wird Weise wie folgt eingeschätzt:

"überdurchschnittlich intelligent, gutes Erinnerungsvermögen, glaubhaft, aussagewillig". (MAT A 43, Anl. 16, Bd. 2/3, 06/91, S. 309)

Weise konnte dem BfV und dem BND 1973 umfassende Angaben zur Gründung des Bereiches KoKo machen, da er diese selbst miterlebt hatte.

In einer Vernehmung beim GBA am 24.09.91 im Ermittlungsverfahren gegen Schalck-Golodkowski u.a. wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit erklärte Weise:

"Ich selbst bin damals von Oberst Helmut Berger, der im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) für den Außenhandel zuständig war, beauftragt worden, einen Gedankenentwurf anzufertigen, wie man am offiziellen Außenhandel vorbei Devisengewinne erwirtschaften könne. Ich erinnere mich, daß ich damals insbesondere vorgeschlagen habe, Vertreterfirmen zu installieren, die dann die Vertreterprovisionen aus dem West/Ost-Geschäft für den Staat DDR verdienen könnten. Oberst Berger erklärte mir später, Alexander Schalck, der ebenfalls beauftragt war, sich über diese Materie Gedanken zu machen, habe diese Idee ebenfalls aufgegriffen." (MAT A 15, Bd. 3/1, S. 2)

Weise kannte Schalck seit 1963/64 persönlich und schätzte ein, daß "Schalck's Aufstieg und die Entwicklung des Bereiches KoKo ohne die fördernde und schützende Hand von leitenden Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR nicht möglich" gewesen war. (MAT A 15, Bd. 3/1, S. 3)

Weise beurteilte Schalck als "Ziehkind des MfS". (MAT A 15, Bd. 3/1, S. 5)

Auch Schalcks Stellvertreter Manfred Seidel und dessen MfS-Anbindung waren Weise bekannt: "Seidel kam damals als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) vom MfS." (MAT A 15, Bd. 3/1, S. 3)

Durch Weise waren die westdeutsche Geheimdienste bereits 1973 über die engen Verflechtung des Bereiches KoKo mit dem MfS und die Nutzung der Geschäftstätigkeit von KoKo zur Werbung von Agenten in der Bundesrepublik durch die HVA unterrichtet.

Weise berichtete dem BND:

KoKo als Gründung des MfS - Erfolgreiche Ansatzpunkte für die Agentenwerbung der HVA

Oktober 1973: Der BND berichtete dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtiges Amt, dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, daß 1964 der MfS-Oberstleutnant Berger in Zusammenarbeit mit Alexander Schalck eine Vorstellung konzipiert hatte, die

"zwei Haupttendenzen zum Inhalt hatte, nämlich politische und kommerzielle Vorteile für das MfS über wirtschaftliche Beziehungen mit dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) zu sichern. Berger und Schalck schlugen vor, staatliche Vertretergesellschaften zu gründen, die die Aufgabe haben sollten, westliche Produzenten, die in der DDR ihre Erzeugnisse verkaufen wollen, gegen Provision zu vertreten... Das wichtigste, letztlich zur Gründung dieser Firmen führende Argument lautete, daß sich aufgrund der zunehmenden Handelstätigkeit mit dem Westen das Sicherheitsbedürfnis für die DDR erhöht habe, da die wachsenden Aktivitäten westlicher Firmen auf dem DDR-Markt von den AHB alleine nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden könnten. Diese Überlegung veranlaßte schließlich den Ministerrat, der Gründung staatlicher Vertretergesellschaften zuzustimmen. Die Verbindung ausländischer Firmen zur Industrie und zum Außenhandel sollte künftig aus Sicherheitsgründen nur noch über Vertreterfirmen laufen, die ihrer Struktur nach Außenstellen des MfS sind. Daß dabei außerdem noch erhebliche Valutamittel unter die Kontrolle des MfS gerieten, war von diesem eingeplant. Mehr als drei Jahre zog sich der Gründungsprozeß bis zur Bestätigung durch den Ministerrat hin. In dieser Zeit wurden vom MfS alle notwendigen Vorbereitungen getroffen. Vor allen Dingen die Auswahl des Kaderstammes und die Besetzung der Führungspositionen... Schalck wurde 1968 gleichzeitig mit der Gründung dieser neuen Organisation zum Stellvertreter des Ministers für Außenwirtschaft berufen. Er baute das Ressort Kommerzielle Koordinierung (KoKo) auf und übernahm dessen Leitung... Die Struktur des Verbandes bedeutet für das MfS unmittelbaren Einfluß und provoziert geradezu politische Manipulationen. Hier zeigt sich der im Grunde politische Charakter der Vertretergesellschaften und die direkte Einflußnahme

der Sicherheitsorgane bei Abwehr und Aufklärung in der westlichen Geschäftswelt. Vor allem für die Aufklärung des MfS ergeben sich erfolgreiche Ansatzpunkte in Fragen der Agentenwerbung, ohne hierfür Mittel aufwenden zu müssen. Westliche Geschäftsleute, die als Verhandlungspartner persönlich auf Erfolge, d.h. Vertragsabschlüsse angewiesen sind, werden unter Druck gesetzt, betriebliche Informationen zu liefern (Betriebsspionage)... Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der gesamte Importbedarf der DDR unter die Kontrolle der Sicherheitsorgane fällt, die hieraus in doppeltem Sinne nutzen ziehen: operativ und kommerziell." (MAT A 16 (Weise), S. 1-3)

Als Bearbeitungskommentar erwähnte der BND 1973, daß diese, hier nur in Auszügen zitierte Meldung erstmals eine zusammenfassende Darstellung über die umfassenden Funktionen der DDR-Vertretergesellschaften biete und daß über die "operativen" Aufgaben selbst in der DDR bisher nur ein relativ kleiner Kreis von Funktionären ins Vertrauen gezogen worden sei.

Gegen Verstöße im Innerdeutschen Handel durch den Schalck-Bereich helfen nur massive Beschwerden auf Ministerebene

September 1974: Der BND teilte dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt, dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Bundesministerium für Innerdeutsche Angelegenheiten und dem Bundesfinanzministerium mit, daß Verstöße gegen die Bestimmungen des Innerdeutschen Handels in der DDR regelmäßig auftreten, dort jedoch nur als Kavaliersdelikte angesehen würden. DDR-Waren würden auf der Grundlage zu niedriger Rechnungen in die Bundesrepublik geliefert. Die Differenz zwischen Rechnungsbetrag und Warenwert würde in freier Währung berechnet und dann auf Konten im westlichen Ausland z.B. in der Schweiz geleitet. Waren aus anderen RGW-Ländern oder Ländern wie Hongkong oder Thailand würden als DDR-Erzeugnisse geliefert und eventuelle Herkunftsbezeichnungen im Auftrag des Schalck-Bereiches eliminiert. Dies geschehe häufig in Strafvollzugsanstalten der DDR.

Nach Ansicht des BND-Informanten Weise würden diese Verstöße von der DDR-Führung "so lange ignoriert, als nicht die zuständigen westdeutschen Behörden protestieren. Drohende Gegenmaßnahmen werden jedoch ernst genommen und durchaus gefürchtet. Die einzige Möglichkeit, die Unregelmäßigkeiten wenigstens in Grenzen zu halten, sind laufende, geharnischte Beschwerden auf Ministerebene." (MAT A 16, (Weise), S. 7)

KoKo wird ökonomischen und politischen Einfluß in der Bundesrepublik ausüben

September 1974: Der BND unterrichtete das Bundeskanzleramt, das Auswärtiges Amt, das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesverteidigungsministerium von der wachsenden Bedeutung des Bereichs KoKo und der Person Schalck-Golodkowski. Im Einzelnen:

- der Bereich KoKo arbeite eng mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen
- Schalck sei der stellvertretende Außenhandelsminister der DDR mit dem größten Einfluß. Seine Weisungen an die Vertreterfirmen und Außenhandelsbetriebe der DDR würden bedingungslos erfüllt und ebenso eingestuft wie die der Parteiführung selbst
- die Gehälter der KoKo-Mitarbeiter lägen durch die Zuzahlung von Prämien und die Gewährung von Privilegien (westliche Konsumgüter, Reisemöglichkeiten, westliche Autos) weit über denen der normalen Außenhandelsbetriebe.

Zusammenfassend hält der BND fest:

"Mit einer konzentrierten Importsteuerung wird der DDR bereits jetzt eine gewisse Einflußnahme auf einzelne Betriebe, Industrie- und Wirtschaftszweige im westlichen Ausland ermöglicht. Die Zukunftsvision, daß eines Tages ein kleiner Personenkreis der DDR sowohl ökonomischen als auch politischen Einfluß im Westen, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, ausüben kann, dürfte durchaus nicht Utopie, sondern realistischer Schlußpunkt der bisherigen Entwicklung sein."

Der BND kommentierte diesen Bericht u.a. wie folgt:

"Vorstehende Angaben decken sich weitgehend mit früheren Hinweisen, wonach Sonderaktionen und deutlich illegale Aktivitäten von DDR-Außenhandelsorganen vom Bereich Schalck ausgehen. Die letztlich politische Zielsetzung der Arbeit dieses Bereiches läßt für die Zukunft auch nach hiesigen Erkenntnissen eine eher noch wachsende Bedeutung erwarten." (MAT A 16, (Weise), S. 12)

KoKo übernimmt nachrichtendienstliche Aufgaben für das MfS und KoKo scheut vor keiner illegalen Transaktion zurück

September 1975: Der BND gab in einer Personenbeschreibung Schalck-Golodkowskis folgende Aussagen an das Bundeskanzleramt, das Auswärtiges Amt, das Bundeswirtschaftsministerium, das Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen und das Bundesinnenministerium:

"Schalck verdankt seinen Aufstieg und seine derzeitige Stellung ausschließlich dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Er ist enger Vertrauter der MfS-Offiziere Heinz Franke... sowie Helmut Roik... Ein hochqualifizierter Mitarbeiterstab im 'Büro Schalck' ist ständig damit befaßt, Mittel und Wege zu suchen, um das Devisenaufkommen der DDR zu erhöhen, wobei vor keiner illegalen Transaktion zurückgeschreckt wird... In den Einflußbereich Schalcks fallen auch die im westlichen Ausland einschließlich der Bundesrepublik Deutschland etablierten Gemischten Gesellschaften bzw. DDR-Unternehmen oder DDR-abhängige Firmen, z.B. in der Bundesrepublik Deutschland die Firma Intema, mit deren Gewinn die DKP unterstützt wird... Schalck wird bis heute vom MfS protegiert. Seine Ernennung zum Staatssekretär muß in erster Linie als Stärkung seiner Position gegenüber Sölle und Beil sowie als Erweiterung des MfS-Einflusses auf den gesamten Außenhandel der DDR angesehen werden. Das Politbüro erteilt Schalck und seinem Transinterverbund Fachaufträge, die durch das MfS mit ND-Aufgaben erweitert werden. Schalck ist nur dem Politbüro und dem MfS verantwortlich. Er wird von beiden Institutionen kontrolliert. Das Ministerium für Außenhandel hat dagegen auf Schalck nur geringen Einfluß. Berührungspunkte beziehen sich ausschließlich auf rein ökonomische Fragen. Bezeichnend für die Bedeutung Schalcks ist die Erfüllung seiner Aufträge, die sowohl von den ihm unterstellten Einrichtungen (Vertreterfirmen) als auch von den Außenhandelsbetrieben bedingungslos, rasch und zuverlässig erledigt werden. Dies ist bei Anordnungen der anderen stellvertretenden Minister im MAH in deren eigenen Bereichen nicht die Regel. Anweisungen von Schalck werden ebenso eingestuft wie die der Parteiführung." (MAT A 16,(Weise), S. 25)

III.14 Ingolf WENINGER

* 09.01.43

war von 1968 bis 1986 bei INTRAC beschäftigt.

1985 wurde Weninger wegen des Verdachts der Wirtschaftsspionage festgenommen.

Das MfS hatte zuvor Informationen über Weninger in einem Operativen Vorgang "Kessin" gesammelt. Die AG BKK hielt fest, daß sie die Ausgangshinweise für die Ermittlungen gegen Weninger von Axel Pösz (siehe dort) erhalten hatte und dieser auch in die weitere Beobachtung von Weninger einbezogen war. (MAT A 332, Bd. III/5 (Pösz), o.P.)

1986 wurde Weninger wegen Vertrauensmißbrauch (§ 165 DDR StGB) und Handlungen gegen das sozialistische Eigentum zu neun Jahren Haft verurteilt.

Im Rahmen einer Amnestie wurde Weninger 1987 aus der Haft entlassen und konnte nach mehreren Anträgen auf Ausreise aus der DDR am 05.05.88 ins Bundesgebiet übersiedeln. Weninger wurde im Aufnahmelager in Gießen vom BfV befragt.

Auf Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen beschloß der Untersuchungsausschuß die Beiziehung der BND und BfV Akten zu Weninger (BB 12-242). Der BND lehnte die Vorlage der Akten gegenüber dem Untersuchungsausschuß ab.

Unterlagen des BfV zu Weninger liegen dem Untersuchungsausschuß vor.

Aus diesen Unterlagen ist zu entnehmen, daß Weninger am 06.06.89 von "44.313" aufgesucht wurde. "44.313 ist Weninger als Angehöriger des MI unter AN 2 bekannt." (MAT A 232, Akte Weninger, S. 35)

Weninger erklärte bei diesem Gespräch, er hätte die Kontaktaufnahme zur Polizei mit der Hoffnung gesucht, an eine kompetente Stelle vermittelt zu werden, bei der er Angaben über Interna der Intrac machen könne:

"Er wolle die Preisgabe seiner Kenntnisse nicht als Anbiederung verstanden wissen, sondern sei bereit, Aussagen über diesen Komplex aus innerer Überzeugung zu machen, um auf unlautere Machenschaften der DDR zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen. Er sei überrascht, daß er bislang noch nicht auf seine in der DDR ausgeübte Tätigkeit angesprochen bzw. über seine Arbeitsstelle befragt worden ist." (MAT A 232, Akte Weninger, S. 39)

Die Befrager deuteten Weninger daraufhin an, daß ggf. nochmals zu ihm Kontakt aufgenommen werden würde.

Das BfV regte eine Befragung Weningers zur Firma Intrac durch das LfV Niedersachsen an und übermittelte diesem dazu Themenkomplexe. In diesem Zusammenhang bezeichnete das BfV Intrac als eine "MfS gesteuerte Firma mit einer Vielzahl von Scheinfirmen in der Schweiz, Liechtenstein, der Bundesrepublik Deutschland sowie in anderen westlichen Ländern. Die Firmen werden u.a. zur Beschaffung westlicher Technologie (COCOM-Waren) eingesetzt."

Im Ergebnis der am 30.08.89 durch das LfV durchgeführten Befragung wurde dem BfV mitgeteilt: "Das sicherlich erforderliche erneute und zeitaufwendige Abschöpfungsgespräch mit Weninger sollte zweckmäßigerweise durch einen Mitarbeiter erfolgen, der über einen entsprechenden Hintergrund verfügt. Deshalb schlage ich vor, daß sie das selbst übernehmen. Wegen der von Weninger angedeuteten internationalen Handelsbeziehungen der INTRAC wäre zu prüfen, ob der BND informiert werden soll." (MAT A 232, Akte Weninger, S. 43)

Nun nahm das BfV selbst Kontakt zu Weninger auf:

"Weninger wurde am 11.12.89 in einem Cafe ... nach Vermittlung durch Herrn Heinzel durch IV B4-mo- unter Deckname befragt."

Weninger berichtete über den Aufbau des Bereich KoKo im Jahre 1961 durch MfS-Generalmajor Fruck, die MfS-Anbindung von KoKo, Schalcks Doktorarbeit, KoKo-Mitarbeiter (u.a. Klaus Neubert, Meta Blessing, Kopmann), KoKo-Firmen (u.a. Intrac, KuA, Zentralkommerz, Camet) und den Embargohandel. Die F.C.Gerlach betreibe ebenso wie die Fa. Forgber "Technologieschmuggel!" (MAT A 232, Akte Weninger, S. 46f)

"Die Intrac sei eine der wichtigsten Firmen des KoKo-Apparates: dies sehe man auch daran, daß sie von der Mitarbeiterzahl her ständig vergrößert worden sei. So habe Quelle 1968 als Mitarbeiter Nr. 81 angefangen, bei seinem Weggang 1985 habe Intrac 722 Mitarbeiter gehabt." (MAT A 232, Akte Weninger, S. 53)

Weninger berichtet über die stellvertretenden Generaldirektoren Dieter Homann, Werner Schlitzer und Leuthold "alle drei vmtl. auch MfS-Mitarbeiter" (MAT A 232, Akte Weninger, S. 53)

Außerdem berichtete Weninger:

"Ein Heiner Eichstaedt sei bei Intrac der 'Denker im Bereich Wissenschaft und Technik'. Eichstaedt's einzige Aufgabe bestehe darin, über Möglichkeiten und Wege der Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Geräten und Informationen nachzudenken" (MAT A 232, Akte Weninger, S. 53)

Weninger berichtet über den Sicherheitsbeauftragten Richard Hensel. Dieser

"sei bis Anfang der 80er Jahre Oberstleutnant und Sicherheitsoffizier bei der NVA gewesen. Danach sei er bei Intrac in der obigen Funktion tätig geworden und sei dort zuständig für die Sicherheit nach innen und nach außen." (MAT A 232, Akte Weninger, S. 54)

"Quelle gab auf die generelle Frage nach MfS-Mitarbeitern bei Intrac an, seines Erachtens seien ca. ein Drittel aller Mitarbeiter MfS-Angehörige, bei einem weiteren Drittel seien die Ehepartner von Intrac-Mitarbeitern beim MfS tätig." (MAT A 232, Akte Weninger, S. 55)

"Bei Intrac werde laut Quelle ein Verzeichnis westlicher Kunden, möglicherweise in Form einer Kartei, geführt, in der alle verfügbaren Informationen über Schwächen von Intrac-Kunden aus den westlichen Industriestaaten gesammelt würden, so z.B. wer in der DDR mit wem schlafe, ob jemand homosexuell sei usw.

Weninger berichtete, im zweiten Stock des Palasthotels, Berlin (Ost) seien in einigen Zimmern Kameras installiert, mit denen die Gäste in verhänglichen Situationen gefilmt würden. Diese Filme würden Intrac zur Verfügung gestellt.

"Die Sammlung all dieser Informationen diene dazu, Mitarbeiter von Intrac-Geschäftspartnern zu erpressen, was in einigen Fällen schon geschehen sei." (MAT A 232, Akte Weninger, S. 55)

"Aus seiner 20-jährigen Tätigkeit bei Intrac habe er jedoch mitbekommen, daß durchaus seriöse bundesrepublikanische Firmen wie z.B. Siemens, Thyssen etc. sich immer wieder entgegen bestehender gesetzlicher Richtlinien auf undurchsichtige Transaktionen eingelassen hätten, um z.B. 1/2 oder 1 Prozent Provision zu sparen." (MAT A 232, Akte Weninger, S. 51)

Das BfV wertete Weningers Informationen über KoKo wie folgt:

"Weninger verfügte über ein umfangreiches Insiderwissen, was die Geschäftspraktiken sowie die firmenmäßigen und personellen Verflechtungen des KoKo-Apparates insbesondere der Intrac GmbH anbelangt." (MAT A 232, Akte Weninger, S. 58)

III.15 Peter ZOBEL

* 20.08.37

war Mitarbeiter der Handelspolitische Abteilung der Ständigen Vertretung der DDR in Düsseldorf.

Aus Unterlagen der AG BKK geht hervor, daß Zobel 1986 wegen Spionage für den BND inhaftiert wurde:

"Er offenbarte dem BND ihm bekannte Geschäftsverbindungen und charakterisierte diese. Im Mittelpunkt standen Möbelgroßhändler der BRD, speziell die Fa. RKLI. Des weiteren interessierte sich der BND u.a. für den AHB Transinter, deren Mitarbeiter Ledig, sowie für den Mitarbeiter des Bereiches, Nothnagel." (MAT A 148, BKK 852, S. 72)

Bei der obengenannten Firma RKLI handelt es sich um die im Bereich KoKo Abteilung Parteifirmen angegliederte RKL - International Richard K. Lämmerzahl GmbH, eine SED-Parteifirma.

IV. WIE MFS-MITARBEITER ZU "KNICKEBEIN", "GLASSCHÜSSEL", "HÄUSERKAMPF" UND ANDEREN QUELLEN BEI WESTDEUTSCHEN GEHEIMDIENSTEN WURDEN

Als Ende 1989, Anfang 1990 in der DDR Tausende Demonstranten von ihren Überwachern forderten, sie sollten fortan "im Tagebau arbeiten" und Bürgerkomitees in die ehemaligen Machtzentralen einzogen, um Stasi-Akten vor der Vernichtung für eine Offenlegung zu retten, vollzogen etliche Stasi-Mitarbeiter eine ganz besondere Wende: sie liefen Verständnis und Lohn erhoffend zum "Feind" über.

Dort packten sie aus, wurden "überworfen" und mit neuen Decknamen versehen zu sogenannten Countermans (CM) gemacht.

In der Fachliteratur wird der Counterman wie folgt beschrieben:

"Ähnlich wie der V-Mann zählt der Counter-Man (CM) zu den freien Mitarbeitern des Nachrichtendienstes. Im Unterschied zum V-Mann ist der CM Mitarbeiter eines gegnerischen Nachrichtendienstes ..., der zur Mitarbeit im eigenen Dienst 'überworfen' wurde ... (es) bestehen für die Verfassungsschutzbehörden beim CM keine durchgreifenden rechtlichen Hemmnisse, ihn neben der reinen Erkenntnisgewinnung ('Abschöpfen') auch zur Steuerung gegnerischer Nachrichtendienste

einzusetzen, soweit dies der Sammlung von Informationen über den fremden Nachrichtendienst dient." (Roewer: Nachrichtendienstrecht der Bundesrepublik Deutschland; 1987, S. 122)

Was die Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland nicht schon zuvor durch eigenes Spionieren in der DDR über die Stasi, deren Struktur, Arbeitsweise und Mitarbeiter erfahren hatten, konnten sie sich nun von hochrangigen MfS-Mitarbeitern exklusiv berichten lassen.

Aus den ehemaligen Bezirksverwaltungen (BV) des MfS berichteten dem BfV u.a.:

Dieter Schlaphof, CM "Doris", und Rainer Holz, CM "Malediven", über die "Aufklärungsarbeit" der BV Dresden und Potsdam in Richtung Westen.

Günter Frank, der in der BV Berlin Spionageabwehr betrieben hatte, wurde beim Verfassungsschutz zum CM "Trompete".

Thomas Behrendt - CM "Knickebein" - konnte dem BV über die Postkontrolle durch die BV Frankfurt/Oder berichten.

Die früheren Mitarbeiter der BV Gera, Heinz und Sandrino Berger, "Renault I" und "Renault II" gaben dem BfV bereits Anfang Februar 1990 Hinweise auf die IM-Tätigkeit von Lothar de Maizière und Martin Kirchner, damaliger Generalsekretär der Ost-CDU.

Aus der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße kamen von der HA II (Spionageabwehr) u.a. Eberhard Lehmann und Rainer Wiegand zum Verfassungsschutz. Sie wurden dann dort als CM "Glasschüssel" und CM "Stromdreieck" geführt. Über die Telefon-Lauschangriffe des MfS in Ost und West konnten die ehemaligen MfS-Mitarbeiter der Hauptabteilung III dem Verfassungsschutz berichten: Hans-Joachim Lehmann - CM "Häuserkampf", Michael Menzel - CM "Wimpel" und Ralph Dieter Schlunzig - CM "Trosse".

Auch HVA-Mitarbeiter präsentierten ihr Geheim-Wissen beim Verfassungsschutz: Werner Roitzsch - CM "Baustein", Frank Weigelt - CM "Bistro", Karl Großmann - CM "Kardinal".

Vom Militärischen Nachrichtendienst der DDR hat sein Wissen u.a. Noritsch beim BND offenbart, Hans Peter Andrae wurde beim Verfassungsschutz zum CM "Zuckerrübe". (26/92, Akte Kuron, o.P.)

Viele dieser MfS-Mitarbeiter besaßen Kenntnisse über den Bereich KoKo, die sie nun westdeutschen Diensten anvertrauten.

Diese Koalition zwischen MfS-Mitarbeitern und BfV/BND brachte Vorteile für beide Seiten: westdeutsche Geheimdienste erbten Stasi-Insiderwissen und konnten eine Offenlegung für sie nachteiliger Informationen verhindern; MfS-Mitarbeitern brachte der Deal Aussicht auf Straffreiheit und für etliche dazu auch noch Geld.

Eine wirkliche öffentliche Aufarbeitung der gesamten Stasi-Problematik wurde dadurch verhindert. Denn dieses Stasi-Wissen liegt nun geheim bei BfV und BND.

Willy Koch: "Dann ging es mit dem BND Schlag auf Schlag"

Willy Koch, geb. 14.7.51, war als stellvertretender Abteilungsleiter der HA XVIII/8 verantwortlich für den Bereich Gegenspionage. Die HA XVIII/8 führte zahlreiche IM des Bereiches KoKo (z.B.: Wolfgang Zahn, Gerhardt Ronneberger).

Eine große Einnahmequelle der HA XVIII/8 waren, nach Aussagen von Koch, "Wiedergutmachungszahlungen" großer Konzerne oder Einzelpersonen aus der Bundesrepublik, deren Mitarbeiter gegen Gesetze der DDR verstoßen hatten. Um zu verhindern, daß dies publik geworden wäre, seien diese zu erheblichen Barzahlungen bereit gewesen. Das MfS sei dabei nicht

direkt in Erscheinung getreten, sondern hätte über leitende Mitarbeiter von AHB agiert. Die Gelder wurden durch den Leiter der HA XVIII/8, Artur Wenzel, an den Bereich KoKo übergeben.

Bei seinen Zeugenvernehmungen am 08.05.91, 19.06.91 und 08.10.92 durch das Hessische und das Bayerische LKA berichtete Koch, daß er von Januar bis März 1990 als "Restauflöser" für die Abwicklung der Abteilung XVIII/8 zuständig war.

Er nutzte diese Tätigkeit:

"Ich hatte im Rahmen der Auflösung eine ganze Menge Material beiseite gebracht." (MAT A 332, Bd. III/3 (Koch), S. 95 der Vernehmung vom 19.6.91)

Koch nahm im Frühjahr 1990 Verbindung zum BND auf. Er schrieb an eine Deckadresse des BND, die ihm vom durch die HA XVIII/8 geführten Doppelagenten Rainer Hafermann bekannt war. Hafermann, ehemaliger Direktor des AHB Elektrotechnik, war im Auftrag des MfS (Deckname "Kaufmann", Arbeitsname "Rolf II") auch für den BND tätig gewesen (Deckname "Winkler"). Nach ca. vier Wochen erhielt Koch Antwort, die Mitteilung über Ort und Zeitpunkt des Treffens mit dem BND. Im Mai 1990 traf sich Koch in einem Westberliner Park mit zwei BND-Mitarbeitern, die Koch schon von der Personenbeschreibung durch Hafermann kannte. Sie stellten sich ihm als "Teim" und "Stätter" vor.

Koch berichtete bei seiner Vernehmung:

"Dann ging es mit dem BND Schlag auf Schlag. Ich habe das gesamte Material, was ich in meinem Besitz hatte, denen übergeben und umfangreiche Erläuterungen dazu geliefert. Das Material bestand aus etlichen Dossiers und ungefähr 40 Disketten. Die Disketten und Dossiers beinhalteten das gesamte operative Wissen der HA XVIII/8..." (MAT A 332, Bd. III/3 (Koch), S. 95 der Vernehmung vom 19.6.91)

In der Folgezeit führte Koch ca. 20 bis 25 Treffs mit den BND-Mitarbeitern durch:

"Auf Nachfragen, habe ich die auf Disketten befindlichen Informationen umfangreich erläutert, soweit mir bekannt."

Auf die Frage, ob KoKo-Mitarbeiter auch für nachrichtendienstliche Zwecke eingesetzt waren, antwortete Koch bei seiner Vernehmung am 08.10.92:

"Für den Bereich KoKo kann ich dazu keine Angaben machen. Für die anderen Außenhandelsbetriebe trifft dies zu. Hierüber habe ich bereits in den Jahren 1990 u. 1991 den bundesdeutschen Behörden umfangreiche Angaben gemacht. Ich möchte diese Angaben an dieser Stelle nicht wiederholen."

Mit den vorher genannten Außenhandelsbetrieben meine ich alle AHB der ehemaligen DDR. In diesem Bereich gab es zwischen den Abwehrdiensten und der HVA eine sehr enge Zusammenarbeit." (MAT A 332, Bd. III/3 (Koch), S. 4 der Vernehmung vom 8.10.92)

"Im Einzelnen kann ich mich selbstverständlich, insbesondere der Fülle des Materials auf den Disketten nicht mehr erinnern, was ich übergeben habe. Zumal ich auch gar nicht wissen konnte, was auf den Disketten im einzelnen gespeichert wurde. Ich weiß, daß im einzelnen sehr viel auf diesen Disketten war." (MAT A 332, Bd. III/3 (Koch), S. 96 der Vernehmung vom 19.6.91)

Und Koch rät seinen Vernehmern:

"Sollten Sie diesbezüglich weitere Fragen haben, müßten sie sich mit dem BND in Verbindung setzen, um an das von mir gelieferte Material heranzukommen." (MAT A 332, Bd. III/3 (Koch), S. 96 der Vernehmung vom 19.6.91)

Zeugen sind über BND und BfV zu laden

Am 15. Januar 1990, dem Tag der Besetzung der Stasi-Zentrale, lief Heinz Busch, geb. 19.01.31, früher Mitarbeiter der Auswertungsabteilung (Abtl. VII) der HVA, zum BND über. Wenn er seitdem in Ermittlungsverfahren als Zeuge auftritt, wird sein Wohnort mit "zu laden über BND" angegeben.

Busch sagte im Ermittlungsverfahren gegen Schalck aus, daß dieser "zu den bevorrechtigten Empfängern von Ausgangsinformationen der Abt. VII der HVA gehörte. Außerdem erinnerte Busch sich daran, daß er 1983 von seinem Vorgesetzten ein Fragment eines Textes über ein Gespräch eines "hochrangigen DDR-Repräsentanten mit dem Bayer. Ministerpräsidenten Dr. Franz Josef Strauß" erhielt "mit der Maßgabe, für den Minister für Staatssicherheit eine militärfachliche Beurteilung dieses Textes zu erarbeiten." (MAT A 332, Bd. III/1 (Busch), S. 2 der GBA-Vernehmung vom 16.10.)

Dies deutet darauf hin, daß Schalck von der HVA mit Informationen versorgt wurde, aber auch seine Informationen über Gespräche mit westdeutschen Politikern an die HVA zu Auswertung gelangten, also Schalcks Anbindung an die HVA intensiver war als von ihm zugegeben.

Werner Roitzsch; geb. 08.11.31, war in der HVA- Abteilung. VI beschäftigt, die als Stabsorgan u.a. für "spezifische Maßnahmen in Vorbereitung und des Einsatzes von Agenturen im Operationsgebiet: Anleitung und Durchführung von Übersiedlungen (Agenten), Bereitstellung von DDR-Dokumente: und 'operativen Dokumenten' zuständig war.

Roitzsch erzählte bei seiner Zeugenvernehmung am 27.09.91 beim GBA:
 "Als ich im Februar 1990 mich beim Verfassungsschutz der Bundesrepublik gemeldet habe, habe ich zwei Fälskate des behelfsmäßigen Berliner Personalausweises übergeben. Soweit ich es erfahren habe, hat deren Prüfung ergeben, daß sie durchaus brauchbar gewesen wären." (MAT A 332, Bd. III/5 (Roitzsch), S. 3 der Vernehmung vom 27.9.91)

"Ich habe aber dazu eine grundlegende schriftliche Ausarbeitung dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln übergeben."

Auch Roitzsch ist "zu laden über das Bundesamt für Verfassungsschutz".
 Roitzsch wurde beim Verfassungsschutz zum CM "Baustein".

BfV/MfS bei Regierung de Maiziere

Zwar erklärte die Bundesregierung im Juni 1990, der Bundesnachrichtendienst habe nach der Volkskammerwahl im März 1990 seinen Aufklärungsauftrag bezüglich der Regierung und der Parteien in der DDR insgesamt aufgehoben, Informanten aus dem genannten Bereich würden seitdem weder angeworben noch akzeptiert (BT-Drs. 11/7371). Doch führte das Bundesamt für Verfassungsschutz ganz gezielt Stasi-Quellen, die über die Regierungstätigkeit berichten konnten. So z.B. in Eppelmanns Ministerium für Abrüstung und Verteidigung den CM "Zuckerrübe". An Diestels Komitee zur Auflösung der Staatssicherheit berichteten die MfS-Mitarbeiter Schlapho Weigelt und Roitzsch dem Verfassungsschutz. Die Quelle "Glasschüssel", der zuvor beim MfS in Spionageabwehr befaßte Eberhard Lehmann, besorgte für den Verfassungsschutz Stasi-Akte direkt aus dem Archiv. (26/92, Akte Kuron, o.P.)

"Glasschüssel" berichtet über Waffengeschäfte

Am 22.01.91 teilte das BfV dem GBA mit:

"Quelle Glasschüssel berichtete, daß man in ehemaligen MfS-Kreisen offen darüber spreche, daß Schalck-Golodkowski Waffen- und Embargogeschäfte, auch für Konzerne der Bundesrepublik, immensen Größenordnungen abgewickelt haben soll.

"Auch die U-Boot-Affäre sei über Schalck-Golodkowski gelaufen."
 (MAT A 15, o.P.)

Beim GBA wurde am 30.01.91 eine beachtliche "Bewertung" dieser Information vorgenommen:
 "Völlig unklar ist, ob die fraglichen Informationen, ... , sich auf eine Zeit beziehen, in der die geheimdienstlichen Organisationen der ehemaligen DDR noch intakt waren. Jedoch erscheint, auch wenn man dies unterstellt, ein nachrichtendienstlicher Hintergrund unwahrscheinlich... Indessen war Schalck-Golodkowski nach dem Ergebnis der Erhebungen im vorliegenden Überprüfungsverfahren zwar Offizier des MfS im besonderen Einsatz, jedoch wegen seiner Aufgaben und weitreichenden Vollmachten als Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel c

DDR und als Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung (KoKo) nicht in die geheimdienstliche Organisation oder deren Aktivitäten eingebunden." (MAT A 15, o.P.)

Dennoch bat der GBA das BfV, ihn zu unterrichten, "falls dort neue Tatsachen bekannt werden, die einen nachrichtendienstlichen Hintergrund erkennen lassen". (MAT A 15, o.P.)

Am 13.02.91 meldete das BfV an den GBA Neues von "Glasschüssel":

"Quelle Glasschüssel berichtete, zuständig für 'heiße Waffen' sei der Stellvertreter von Schalck-Golodkowski, Uhlig, gewesen. In diesem Zusammenhang wies Qu. auf angebliche Aufenthalte des ehemaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Barschel in Rostock hin. Ungewöhnlich mit Waffenexporten sei ferner, daß angeblich die Erneuerung des ehemaligen FDGB-Schiffs 'Kap Arkona' an Südafrika nicht bezahlt wurde. Ein Zusammenhang mit der U-Boot-Affaire werde vermutet." (MAT A 15, o.P.)

Thümer Berichtet über Geldzahlungen an Strauß

Das BfV teilte Anfang des Jahres 1991 dem BMI und dort "Herrn Abteilungsleiter IS" mit:

"Am 18.12.1990 wurde vom Sicherheitsreferat des BfV der ehemalige Oberstleutnant im MfS (HA II/2, Spionageabwehr) Thümer befragt. Er erklärte, daß er aus seiner Kenntnis von Schalck-Golodkowski vermute (oder wisse, das wollte er nicht sagen), daß dieser mit der bayrischen CSU einen 'deal' gemacht habe. S.-G. habe die gesamte CSU-Spitze 'in der Tasche', da er sie massiv bestochen habe. Aus dem von F. J. Strauss an die DDR vermittelten Milliardenkredit seien etliche Millionen auf das Konto von Strauss zurückgeflossen. Der Rücktritt des CSU-Finanzminister Tandier komme nicht von ungefähr. Hier seien - so Thümer - noch etliche 'Bomben' zu erwarten." (MAT A 29, Anl. 3, o.P.)

Das BfV erklärte, daß der Wahrheitsgehalt dieser Quellenmeldung von dort "nicht abschließen bewertet werden" könne. Jedoch wurde gleichzeitig festgestellt: "Die übrigen von ihm gelieferte Informationen entsprechen, soweit nachprüfbar, der Wahrheit." (ebenda)

Das BfV vermutete von der Quelle Thümer:

"Aufgrund seiner ehemaligen Zuständigkeit in der HA II (Bearbeitung westdeutscher Dienste) dürfte er zu dem von ihm dargestellten Sachverhalt keinen unmittelbaren dienstlichen Zugang erhalten haben." (ebenda)

Bei der genannten Quelle handelt es sich um Klaus Thümer, geb. 22.05.44. Die Abteilung 2 der HA II, in der Thümer tätig war, beschäftigte sich mit der "Spionageabwehr im bzw. in das Operationsgebiet, insbesondere: Bearbeitung agenturführender Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland sowie Durchführung offensiver Maßnahmen im NATO-Bereich".

Aus den dem Untersuchungsausschuß vorliegenden Unterlagen ergibt sich, daß Thümer a Mitarbeiter der Spionageabwehrabteilung II/2, 1985 mit der HA XVIII/7 eine Informationsaustausch zu Adolf Hülmer über den Eberhard Seidel (siehe dort) seine Führungsoffiziere berichtete, vereinbarte.

Schweigegelder für Stasi-Mitarbeiter

Natürlich verfolgten die Geheimdienste bei der Anwerbung von Stasi-Mitarbeiter vor allem ein Eigeninteresse. Sie waren besonders neugierig auf die von der Gegenseite gesammelte Informationen über Mitarbeiter, Objekte und Operationen des Verfassungsschutzes, des BND und des MAD. Auch um die eigenen Mitarbeiter vor einer öffentlichen Enttarnung zu schützen, bezahlt die Geheimdienste an kooperationsbereite MfS-Mitarbeiter Schweigegelder.

Ralph Dieter Schlunzig, geb. am 19.03.49, beim MfS Mitarbeiter der HA III, übergab im Januar 1990 den Geheimdiensten zahlreiche Disketten mit dem Stasi-Wissen über Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes und erhielt dafür 100.000 DM.

Danach traf sich Schlunzig, der beim BfV zum CM "Trosse" wurde, in dessen Auftrag mit seinem ehemaligen Kollegen Michael Menzel, geb. 12.01.51, um diesen auch zur Preisgabe seines Wissens gegenüber dem BfV zu überreden. Allein für dessen Übertritt bot der Verfassungsschutz 100.000 DM. Menzel bat um Bedenkzeit. Zwar konnte er kein Material beim Verfassungsschutz abliefern, doch auch sein Kopfwissen war für den Geheimdienst so wertvoll, daß sie den ehemaligen Stasi-Mitarbeiter zum CM machen - Deckname "Wimpel".

Die Stasi-Mitarbeiter wurden für ihre Dienste gut belohnt, das BfV richtete im Frühjahr und Sommer u.a. Konten für ihre Stasi-CM ein. Nach der deutsch-deutschen Vereinigung wurde die Entlohnung an die Privatkonten der Stasi-Leute überwiesen. In welchem Umfang Steuergelder allein im Jahr der Vereinigung von den Geheimdiensten an ehemalige Stasi-Mitarbeiter für deren Offenbarungen gezahlt wurden, ist nirgends öffentlich ausgewiesen.

Möller und Niebling machen MfS-Mitarbeiter für BfV gesprächsbereit

Generalleutnant Günter Möller, geb. 28.03.34, leitete die MfS HA Kader und Schulung. Generalmajor Gerhard Niebling, geb. 16.07.32, war Leiter der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) des MfS.

Im Auftrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz machten Möller und Niebling ehemalige MfS-Mitarbeiter "gesprächsbereit". Im Juni 1991 schickten sie ihren ehemaligen Kollegen Briefe, beteuerten, daß sie sich noch immer für sie verantwortlich fühlten und gaben ihnen die Richtung vor: "der geordnete, stille Weg", keine weiteren Offenbarungen bei den Massenmedien, sondern nur bei den Geheimdiensten.

Sie wiesen ihre Kollegen auf folgendes hin:

"Bitte beschäftigt Euch mit dem § 153 e StPO, der Möglichkeiten des Verzichts auf Strafverfolgung eröffnet. Verschließt Euch nicht den Gesprächen mit Vertretern der Abwehrgane des Landes und prüft die Möglichkeiten, ruhiger, vernünftiger Lösungen in Einzelfällen, die Ihr mit ihnen beraten solltet." (MAT A 256, S.17)

Die Antworten der MfS-Mitarbeiter auf diese Briefe gingen über Niebling und Möller an das BfV, das in der Folge gezielt die "gesprächsbereiten" MfS-Mitarbeiter kontaktierte.

Geheime Offenbarung und Strafeinschränkung

MfS-Mitarbeiter haben bei der geheimen Offenbarung ihrer früheren Tätigkeit gegenüber dem Verfassungsschutz die Aussicht auf Strafeinschränkungen.

So auch Erwin Mattauch, geb. 18.06.39, der von 1979 bis 1988 in der HVA Abtl. XVI als persönlicher Mitarbeiter des Leiters Rudi Genschow mit der Vermittlung "zwischen HVA und HVA-Baubetrieb, 'Sektorbau Basdorf'" und von 1986 bis 1988 "stellvertretender Referatsleiter für den Aufbau legaler Positionen im Bereich KoKo befaßt war, Zielrichtung: Aufbau von AHB Mitarbeitern zur Abschöpfung von bundesdeutschen Gesprächspartnern" war.

Nach den Befragungen von Mattauch im Oktober 1990 stellte das BfV fest:

"Die von Mattauch gemachten Angaben dürften nach hier vorliegenden Erkenntnissen seinem Wissensstand entsprechen. Eine mögliche Einstellung des Verfahrens gegen ihn gemäß § 153 e StPO wird von seiten des BfV befürwortet." (MAT A 15, Vorgang Mattauch, S. 222 - 224)

Mattauchs HVA-Insiderinformationen u.a. über den Bereich KoKo an das BfV sind bis heute geheim.

Schütt, BND und "Nachrichtenspiele"

Harry Schütt, geb. 04.11.30, war Leiter der HVA- Abteilung IX, die u.a. auch in die Koordinierung zur Führung von Doppelagenten durch das MfS einbezogen war.

Als Führungsoffizier des BND-Mitarbeiters Spuhler wurde gegen Schütt ermittelt.

Am 04.06.91 schrieb Rechtsanwalt Danckert an den damaligen GBA Alexander von Stahl, daß sein Mandant bereit sei, sich zu offenbaren "über Aufklärungsergebnisse der HVA, die, wenn sie von

anderen, die gleichfalls über diese Erkenntnisse verfügen, öffentlich oder in anderer schädlicher Art und Weise verwendet werden, geeignet sind, die Interessen der BRD zu beeinträchtigen." Stahl persönlich sollte sich gemeinsam mit Mitarbeitern des BND über das Angebot des HVALers unterrichten lassen. (25/92)

Einige Tage darauf gab Schütt den Vernehmern eine Kostprobe seines für die Sicherheitsbehörden so brisanten Wissens: er kenne die wichtigsten Quellen des BND in Osteuropa, über die BND-Quellen in der DDR, darunter auch z.B. eine in Kirchenkreisen der DDR operierende BND-Quelle, könne er eine fast vollständige Übersicht geben, auch könne er den BND über dessen Pannen bei der Arbeit Richtung Osten aufklären und hätte wichtiges über den KGB und über sogenannte Nachrichtenspiele zu berichten. Natürlich erwartete er eine Gegenleistung, nämlich die Einstellung des gegen ihn laufenden Verfahrens. Die Bundesanwälte waren empört, ob er ihnen drohen wolle, eine Verfahrenseinstellung käme nicht in Frage. Doch wenig später schickte der GBA dem Häftling einen vom BND ausgearbeiteten Fragebogen.

Und Schütt berichtete, mehr als 90% aller BND-Quellen in der DDR seien nur "Nachrichtenspiele" der Abwehrabteilung des MfS, denn die DDR sei ebensowenig wie die SU bestrebt gewesen, nach der Enttarnung von BND-Mitarbeitern Strafverfahren einzuleiten, sondern mühte sich vor allem die feindlichen Quellen für das MfS zu "überwerben". (ebenda, Akte Schütt, o.P.)

Schütt wurde im November 1991 wegen Beihilfe zum Landesverrat zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Dieses Urteil wurde vom Bundesgerichtshof aufgehoben und zum Bayerischen Obersten Landesgericht zurückverwiesen. Im dortigen Revisionsprozeß standen Schütt und der ehemalige MfS-Oberstleutnant Günter Böttger im März 1994 erneut vor Gericht. Schütt wurde auch diesmal zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Aus Anlaß der Urteilsverkündung meldeten die Nachrichtenagenturen am 17.03.94: "Dem Angeklagten Schütt bescheinigte das Gericht eine honorige Grundeinstellung. Er hatte es im Prozeß abgelehnt, seine Untergebenen preiszugeben. 'Ich kann nicht umhin, einer solchen Haltung meinen Respekt zu zollen', sagte der vorsitzende Richter Günther Gäbhard. Beide Ex-Offiziere hätten ihrem Land treu und pflichtbewußt gedient... (ddp-Meldung vom 17.03.94)

"Er <der Richter> warf die Frage auf, ob es im Zuge der Ost-West-Entspannung 'nicht sinnvoller wäre, Menschen, die so gut und erfolgreich gearbeitet haben, einen Platz in der Gesellschaft einzuräumen und ihre Erfahrung zu nützen, anstatt sie mit Strafverfolgung zu überziehen." (ap-Meldung vom 17.03.94)

C